

Bernd Eisenfeld/Rainer Eppelmann/  
Karl Wilhelm Fricke/Peter Maser

# **Für Freiheit und Demokratie**

**40 Jahre Widerstand in  
der SBZ/DDR**

Wissenschaftliche Dienste  
Archiv für Christlich-Demokratische Politik



Bernd Eisenfeld/Rainer Eppelmann/Karl Wilhelm  
Fricke/Peter Maser

## **Für Freiheit und Demokratie**

**40 Jahre Widerstand in der SBZ/DDR**

ISBN 3-931575-99-3

Herausgeber:  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Wissenschaftliche Dienste

# INHALT

Vorwort	... 7
Karl Wilhelm Fricke: Widerstand und politische Verfolgung in der DDR	... 9
Peter Maser: Die Rolle der Kirchen für die Opposition	... 20
Bernd Eisenfeld: Stasi-Methoden in den achtziger Jahren bei der Bekämpfung widerständiger Erscheinungen	... 33
Rainer Eppelmann: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	... 44



# Vorwort

Seit 1991 veranstaltet das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung jährlich eine Tagung zum Thema "Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR. Das achte "Buchenwald-Gespräch" fand Ende Oktober 1998 in Berlin in Verbindung mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen statt.

Hohenschönhausen ist ein authentischer Ort der kommunistischen Willkürjustiz und politischen Strafverfolgung. Die Gebäude der ehemaligen Großküche wurden nach Kriegsende von der sowjetischen Besatzungsmacht als Internierungslager für NSDAP-Mitglieder und NS-Verdächtige genutzt. Nach Auflösung des "Speziallagers Nr. 3" diente Hohenschönhausen als zentrales sowjetisches Untersuchungsgefängnis für politisch-ideologische Gegner. 1950 richtete dort das Ministerium für Staatssicherheit eine zentrale Untersuchungshaftanstalt für politische Häftlinge ein. Der Rundgang unter Führung ehemaliger Häftlinge ließ die bedrückende Atmosphäre, Isolation und seelische Zermürbung lebendig werden, der die Insassen ausgesetzt waren.

Im Mittelpunkt der Vorträge stand die Verfolgung der Regimegegner durch die SED in den fünfziger, siebziger und achtziger Jahren. Eine Auswahl der Beiträge ist in dieser Broschüre abgedruckt. Karl Wilhelm Fricke belegt mit zahlreichen Beispielen die These, daß Widerstand und politische Verfolgung in der SBZ/DDR sich wechselseitig provozierten und verstärkten. Die Forderung nach freien Wahlen sieht er als das grundsätzliche Kontinuum des Widerstands zwischen 1945 und 1989, die in Hunderten von Fällen als konterrevolutionäres Delikt verurteilt wurde. Peter Maser beschreibt die Rolle der Kirchen für die Opposition, die trotz Repressionen als Institutionen unangetastet blieben. Unter dem Dach der Kirche lernten Oppositionelle in den siebziger Jahren, die begrenzten Handlungsspielräume und die Kirchenöffentlichkeit zu nutzen. Im folgenden Jahrzehnt gelang die Vernetzung der politischen und kirchlichen Oppositionsgruppen. Bernd Eisenfeld referiert detailliert über die Stasi-Methoden in den achtziger Jahren, die allmählich von der offenen zur lautlosen Repression übergingen, um das öffentliche Ansehen der DDR nicht zu diskreditieren. Ende der achtziger Jahre konnten die verschiedenen Oppositionsgruppen zwar relativ stabile Kommunikationssysteme aufbauen, das gewaltsame Vorgehen des MfS führte aber auch zu verstärkter Solidarisierung und Politisierung.

Die Diskussionen bei der Tagung, an der sich Schüler lebhaft beteiligten, machten deutlich, daß das Ende der SED-Diktatur nicht zwangsläufig zum Untergang der SED-Ideologie geführt hat. Die heutigen Jugendlichen waren beim Mauerfall noch Kinder und können deshalb auch nicht ansatzweise eine eigene Vorstellung des SED-Sozialismus haben, der auf Mord, Lager und Haft und in späteren Jahren auf unsichtbaren und lautlosen Terror aufbaute. Um einer Mystifizierung dieser Vergangenheit keinen Vorschub zu leisten, muß die Erinnerung wachgehalten und die Auseinandersetzung mit dem System fortgeführt werden. Diesem Ziel dienen die "Buchenwald-Gespräche" und die vorliegende Publikation.

*Günter Buchstab*



# Widerstand und politische Verfolgung in der DDR

*Karl Wilhelm Fricke*

Widerstand und politische Verfolgung in der DDR – das Thema meines Referats scheint reichlich abstrakt definiert, aber dieser Schein trügt. Ich werde gleich konkret. Allerdings wollte ich mit dieser Formulierung meines Themas signalisieren, daß es in der DDR eine wechselseitige historische Bedingtheit von Widerstand und Verfolgung gegeben hat. Nicht nur hat Widerstand politische Verfolgung ausgelöst – es war auch umgekehrt: Die politische Verfolgung unter der Diktatur der SED hat Widerstand provoziert. Der Terror des Staatssicherheitsdienstes und das Unrecht einer zu Herrschaftszwecken mißbrauchten Strafjustiz haben frühzeitig politische Gegnerschaft herausgefordert.

Ich darf eine zweite Vorbemerkung machen. Ich will mit meinem Referat zur Geschichte des Widerstands in der realsozialistischen Diktatur keineswegs historischer Legendenbildung Vorschub leisten oder gar einem heroisierenden DDR-Widerstandsmythos das Wort reden. Es geht darum, den Widerstand in seiner historischen Realität zu sehen, ihn weder zu überschätzen noch zu leugnen. Letzteres haben die Ideologen der SED bis zur Absurdität versucht: "In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition gegen die herrschenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse keine objektive politische und soziale Grundlage" – eine These, die noch 1988 in einem parteioffiziösen Nachschlagewerk gedruckt werden konnte. Im folgenden Jahr, nach dem Sturz Erich Honeckers, dürfte auch den Verfassern bewußt geworden sein, daß sie von Opposition und Widerstand in der DDR nichts, aber auch gar nichts begriffen hatten oder begreifen wollten.

Dabei sind Opposition und Widerstand schon in den Jahren 1945 bis 1949 manifest geworden, im zeitlichen Vorfeld der DDR-Gründung, als unter der Ägide der sowjetischen Besatzungsmacht die ersten radikalen Eingriffe in die sozialökonomische Struktur der Gesellschaft mit dem strategischen Ziel eingeleitet wurden, ein neues Herrschaftssystem zu errichten – eine Diktatur nach Art des Sowjetsystems, ungeachtet nationaler Besonderheiten, die die Russen im besetzten und viergeteilten Deutschland aus taktischen Rücksichten damals zugestanden haben. Sichtbares Zeugnis dafür war etwa das Mehr-Parteien-System, ursprünglich bestehend aus KPD und SPD, zweier traditioneller Arbeiterparteien, und zweier bürgerlichen Parteien, der Christlich-Demokratischen Union und der Liberal-Demokratischen Partei, zu denen 1948 als SED-gesteuerte Spät-Geburten die National-Demokratische Partei und die Demokratische Bauern-Partei kamen. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die erste Verfassung der DDR, die fraglos Züge einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung trug, die eine formale Garantie freier Wahlen enthielt und die sogar bürgerliche Grundrechte zu gewährleisten schien.

Faktum ist, daß sich schon bald nach dem Desaster der nationalsozialistischen Diktatur demokratische Opposition artikuliert – nämlich gegen die Modalitäten der in der sowjetischen Besatzungszone als "demokratische Bodenreform" umschriebenen Landenteignung, gegen Willkürentscheidungen bei Enteignungen in Industrie und Handel. Als Andreas Hermes und Walther Schreiber, die damaligen Vorsitzenden der CDU, und Waldemar Koch, der erste Vorsitzende der LDP, 1945 öffentlich Kritik an der unter dem Vorwand der Entnazifizierung betriebenen rigorosen Enteignungspolitik übten, wurden sie ungeachtet ihres demokratischen Mandats als gewählte Parteivorsitzende von der Besatzungsmacht für abgesetzt erklärt.

Erstmals war demokratische Opposition im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands unterdrückt worden. Die frühe Erfahrung ließ künftige Schwierigkeiten ahnen, wenn politisches Andersdenken bekundet wurde. 1947 mußten Jakob Kaiser und Ernst Lemmer dieselbe Erfahrung machen – sie wurden rechtswidrig gestürzt! Selbst parlamentarische Opposition, die sich in den im Herbst 1946 gewählten Kommunalvertretungen und Landtagen zu regen begann, wurde bereits in den Anfängen eingeschüchtert und alsbald erstickt. In dem Maße aber, wie Opposition sich nicht offen und legal entfalten konnte, sondern dem Risiko ihrer Kriminalisierung ausgesetzt wurde, blieb ihr als Alternative nur Widerstand, das heißt politische Gegnerschaft, die sich genötigt sah, außerhalb der Legalität zu handeln.

Erster Widerstand trat auf, als sich ein Teil der Sozialdemokraten in Ost-Berlin und der sowjetischen Zone der schließlich im April 1946 unter massivem Druck vollzogenen Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands widersetzen. Ohne zu zögern reagierte die sowjetische Besatzungsmacht mit justitiellem Terror. Erste Verhaftungen setzten bereits im Dezember 1945 ein.

Nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 dauerte die Verfolgung widerständiger Sozialdemokraten an – nach seriösen Forschungen wurden in den Jahren 1946 bis 1956 zwischen fünf- und sechstausend Sozialdemokraten zu Zwangsarbeitslager oder Zuchthaus verurteilt – teils wie gesagt von sowjetischen Militärtribunalen, teils von Strafgerichten der DDR. Unter den Verfolgten waren nicht wenige, die bereits im antifaschistischen Widerstand vor 1945 gestanden hatten und dafür in die Gefängnisse und Konzentrationslager der nationalsozialistischen Diktatur gegangen waren.

Ein Mann wie Fritz Drescher zum Beispiel: 1904 in Dresden geboren, in Halle aufgewachsen, Sozialdemokrat seit 1921, Zeitungsredakteur und kaufmännischer Angestellter. Bald nach der Machtergreifung Adolf Hitlers war er wegen einer Flugblattaktion erstmals zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. 1936 folgten erneut Verhaftung und Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus, die er bis 1940 verbüßte.

1945 zählte Fritz Drescher zu den Wiederbegründern der SPD im Regierungsbezirk Halle-Merseburg, wo ihn die Sowjetische Militäradministration als Vizepräsidenten der Bezirksregierung einsetzte. Zwei Jahre später wechselte er in das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der Landesregierung von Sachsen-Anhalt. Wegen seiner Kontakte zum Ostbüro der SPD in West-Berlin wurde er 1948 von der sowjetischen Geheimpolizei festgenommen und im Juni 1949 vom sowjetischen Militärtribunal in Halle wegen "Spionage", "sozialdemokratischer Gruppenbildung" und "antisowjetischer Propaganda" zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. Mit ihm standen weitere dreizehn Genossen aus der Region vor Gericht. 1955 kehrte er als Workuta-Häftling in die Freiheit zurück. Ein Schicksal von vielen in jener Zeit – ein Schicksal aus dem Widerstand der frühen Jahre.

Gleichgeartete Beispiele politischer Verfolgung ließen sich auch aus Opposition und Widerstand von CDU und LDP nachzeichnen. Mehrere Tausend ihrer aktiven Mitglieder und Funktionsträger wurden ihres oppositionellen oder widerständigen Verhaltens wegen verfolgt. Allein für die CDU sind 2 300 namentlich erfaßt. Vor ihrer Gleichschaltung durch die SED kam auch für die beiden bürgerlichen Block-Parteien die politische Verfolgung.

Einen weiteren Schwerpunkt der Jahre 1948/50 bildete die Opposition von Studenten und Hochschullehrern an den Universitäten Greifswald, Halle, Jena, Leipzig, Rostock und nicht zuletzt Berlin, wo die Auseinandersetzungen 1948 immerhin zur Gründung einer Gegen-

Universität führten – der Freien Universität Berlin als Schöpfung demokratischer Selbstbehauptung. Nicht noch einmal sollte akademische Freiheit auf dem Altar totalitärer Macht geopfert werden. Die FU mit dem Motto "Veritas / Iustitia / Libertas" entstand aus dem Protest gegen die ideologische Uniformierung von Lehre und Forschung an den Universitäten und Hochschulen in Ost-Berlin und der sowjetischen Zone.

Die Zahl von mindestens zwölfhundert Studenten und Professoren, die unter der Diktatur der SED verhaftet und verurteilt wurden, ist historisch belegt. Unter ihnen waren aufrechte Demokraten wie Arno Esch, Universität Rostock, oder Herbert Belter, Universität Leipzig, die zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen wurden, sowie Bautzen-Häftlinge wie Manfred Klein aus der katholischen Jugend oder Wolfgang Natonek, ein Liberaler aus Gesinnung, die lange Jahre eingekerkert wurden.

Es ist die Zeit, in welcher die sowjetische Besatzungsmacht im Zusammenwirken mit den "führenden Kadern" der SED ihrer Zone vorerst kaschiert, hernach offen ein politisches und sozialökonomisches System auferlegte, das "das System des Siegers" war und das die Bevölkerung in ihrer Mehrheit als "Okkupationssozialismus" allerdings weithin ablehnte. Politische Verfolgung, das heißt die Ausschaltung politisch Andersdenkender, Oppositioneller und Widerständler durch soziale Ausgrenzung oder mit Hilfe der Strafjustiz, war insoweit eine systembedingte Konsequenz.

Hoffnungen auf eine antifaschistisch-demokratische Ordnung, die diesen Namen verdiente, die also auch in der DDR der parlamentarischen Demokratie eine Chance bot, wurden schon bald nach Gründung des zweiten deutschen Staates zerstört. Es war von geradezu fataler Symbolik, daß die erste Regierungsumbildung in der DDR im Februar 1950 die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vorsah. Binnen weniger Jahre sollte es zum wichtigsten Überwachungs- und Unterdrückungsinstrument in der Gewalt der SED werden.

Die DDR war kaum ein halbes Jahr alt, als ein erstes spektakuläres Strafverfahren vor dem Obersten Gericht reflektierte, wie sich die Machtverhältnisse schon zu diesem Zeitpunkt verschoben hatten. In den Tagen vom 24. bis 29. April 1950 wurde vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts unter Vorsitz von Hilde Benjamin im Landestheater Dessau erstmals ein politischer Schauprozeß im buchstäblichen Sinne des Wortes "inszeniert". Die insgesamt zehn Angeklagten hatten sich wegen vermeintlicher Sabotage an der Enteignung der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft zu verantworten. Indes war die politische Zielsetzung eindeutig: In den beiden Hauptangeklagten Professor Willi Brundert, seinerzeit Ministerialdirektor im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr von Sachsen-Anhalt, ein überzeugter Sozialdemokrat, und Dr. Leo Herwegen, damals Minister für Arbeit und Sozialfürsorge und Landesvorsitzender der CDU in Sachsen-Anhalt, sollten tatsächlich der sozialdemokratische Widerstand und die bürgerlich-christliche Opposition in der DDR gebrandmarkt und eingeschüchtert werden. Der Prozeß, der in einer Atmosphäre psychologischen Terrors durchgepeitscht wurde, endete mit der Verurteilung zu langjährigen Zuchthausstrafen – je fünfzehn Jahre für die beiden Hauptangeklagten. Was aber damals nur vermutet wurde, ist seit Öffnung der Archive beweisbar: Hinter den Kulissen des Gerichts hatte die Führung der SED Regie geführt. Selbst die Anklageschrift mußte vor dem Prozeß dem Sekretariat des Politbüros "zur Begutachtung vorgelegt" werden. Erstmals zeigte die Politbürokratie keinerlei Hemmungen mehr, auch und gerade mittels der Strafjustiz in der DDR politische und gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Leo Herwegen wurde im September 1956, Willi Brundert im März 1957 aus der Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden entlassen. Sie waren die ersten Opfer der politischen Verfolgung durch das Oberste Gericht der DDR.

Besonders abstoßend demaskierte sich die DDR-Strafjustiz als Justiz im Parteiauftrag, als im Zuge der "Waldheimer Prozesse" – so benannt nach der sächsischen Kreisstadt Waldheim an der Zschopau – im Frühjahr 1950 durch zwanzig formal beim Landgericht Chemnitz gebildete Sonderstrafkammern rund 3 400 Angeklagte unter Mißachtung selbst elementarster Rechtsgrundsätze wegen vermeintlicher Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt wurden. Die Betroffenen waren bis dahin in den sowjetischen Speziallagern Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen interniert gewesen und wurden nach deren Auflösung in das Zuchthaus Waldheim verbracht. Auch die "Waldheimer Prozesse", in denen nicht nur auf langjährige Freiheitsstrafen, sondern in 32 Fällen auf Todesstrafe erkannt wurde, zielten auf die innere Disziplinierung der DDR. Die SED ließ demonstrieren, wer die Macht im Staat ausübte, um jeglichen Widerstand als aussichtslos erscheinen zu lassen.

Auch in diesem Zusammenhang mag ein konkreter Fall vergegenwärtigen, was Opposition sein wollte. Die Rede ist von Dr. Dr. Helmut Brandt, Diplom-Volkswirt und Jurist, 1945 Mitbegründer der Berliner CDU, 1949 mit 38 Jahren Mitglied der Provisorischen Volkskammer und Staatssekretär im DDR-Justizministerium. Als er von Amts wegen von den "Waldheimer Prozessen" erfahren hatte, sorgte er dafür, daß das Justizunrecht in einer Kabinettsitzung unter Leitung von Ministerpräsident Otto Grotewohl auf die Tagesordnung kam. Walter Ulbricht, damals Generalsekretär der SED und 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR, war empört. Am 6. September 1950 wurde Helmut Brandt vom Staatssicherheitsdienst festgenommen und nach dreidreiviertel Jahren Untersuchungshaft, im Juni 1954, in einem Geheimprozeß vor dem Obersten Gericht, in dem auch Georg Dertinger und andere CDU-Mitglieder angeklagt waren, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach acht Jahren Strafvollzug "auf Bewährung" entlassen, allerdings mit Aufenthaltsbeschränkung für Dresden, wurde er zwei Tage später erneut festgenommen, als er nach West-Berlin zu fliehen versuchte. Vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder daraufhin erneut zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, konnte er erst nach insgesamt vierzehn Jahren DDR-Haft freigekauft werden. Die Kausalität von Opposition und politischer Verfolgung in der DDR wird im Fall Helmut Brandt eindrucksvoll evident.

Brandt gehörte im übrigen auch zu den wenigen in den Fraktionen von CDU und LDP in der "Provisorischen Volkskammer", die sich vergeblich dagegen stemmten, daß die ersten Wahlen zur Volkskammer am 15. Oktober 1950 unter Bruch der einschlägigen Verfassungsbestimmung als Einheitslisten-Wahlen durchgeführt würden – nach einem Wahl-Modus also, der die Verteilung der Mandate nach einem vor der Wahl festgelegten Schlüssel vorsah und der SED mit ihren Massenorganisationen von vornherein eine Mehrheit im Parlament gewährleistete. Alle Opposition dagegen wurde durch justitiellen Terror unterbunden. Günter Stempel, seinerzeit Generalsekretär der LDP und Mitglied der "Provisorischen Volkskammer", wurde am 8. August 1950 eben deswegen verhaftet – genau einen Tag vor Verabschiedung des Wahlgesetzes, gegen das er in seiner Fraktion wegen des Einheitslistenwahl-Prinzips plädiert hatte. Nach dieser Verhaftung wagte in der Volkskammer niemand mehr, mit Nein zu stimmen. Günter Stempel wurde von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt und kehrte erst nach knapp sechs Jahren in die Freiheit zurück.

Weitere Indizien des Widerstands, der sich punktuell im Lande regte, waren die sich mehrenden politische Strafprozesse gegen Regimegegner, die verurteilt wurden, weil sie Westzeitungen in den Osten geholt, illegal Flugblätter verteilt oder antikommunistische Parolen auf Mauern und Hauswände gemalt hatten. Kontakte zum RIAS, dem Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin, zu den Ostbüros von SPD, CDU und FDP in West-Berlin

oder zum Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen oder zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit wurden gnadenlos als Spionage geahndet. Besonders eindrucksvoll war das Aufbegehren junger Menschen gegen die Verweigerung freier Wahlen. Allein in den Jahren 1950/51 wurden Dutzende von Oberschülern und Lehrlingen von Landgerichten der DDR oder von sowjetischen Militärgerichten zu erbarmungslosen Freiheitsstrafen, in einigen Fällen sogar zum Tode verurteilt.

Aufsehen weit über die DDR hinaus erregte der Fall des Oberschülers Hermann Joseph Flade, der im erzgebirgischen Olbernhau selbstgefertigte Flugblätter gegen die Einheitswahlen verbreitet hatte. Deswegen und weil er sich bei einer versuchten Festnahme mit einem Messer gewehrt hatte, wurde er wegen "Boykotthetze" und "versuchten Mordes" in erster Instanz zum Tode verurteilt. In zweiter Instanz wurde das Urteil auf 15 Jahre Zuchthaus herabgesetzt. Hermann Flade verbüßte davon zehn Jahre.

Opposition und Widerstand wurden in besonderem Maße stimuliert, als die 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 mit ihren Beschlüssen über den "Aufbau des Sozialismus" auch eine, wie sie ausdrücklich dekretierte, "Verschärfung des Klassenkampfes" einleitete. Die neue Generallinie und Politik der SED mußte geradezu zwangsläufig verstärkte politische Verfolgung, aber auch neuen Widerstand auslösen. Eine verfehlte Industriepolitik, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Militarisierung in Staat und Gesellschaft, die für die Bevölkerung mit schweren finanziellen Lasten und erheblichen Versorgungsmängeln verbunden war, trieben die DDR in eine Entwicklung, die ab Herbst 1952 erste Symptome einer politischen Krise erkennen ließ. Punktuelle Proteststreiks waren seit dieser Zeit in der DDR an der Tagesordnung.

Zudem intensivierten sich Regimekritik und Opposition gegen die Jugendpolitik der SED und ihre Kaderreserve, die Freie Deutsche Jugend, in der Jungen Gemeinde der evangelischen Kirche. Am 27. April 1953 wurde sie regierungsoffiziell zur "illegalen Organisation" erklärt. Gezielt wurden junge Christen wegen des Symbols der Jungen Gemeinde – Kreuz und Weltkugel – als "Kugelkreuzler" diffamiert und zu Hunderten von Oberschulen und Universitäten relegiert.

Die Zeichen einer in der DDR heraufziehenden politischen und wirtschaftlichen Krise waren im Frühjahr 1953 unübersehbar geworden. Eine im Mai '53 administrativ verfügte Erhöhung der Arbeitsnormen um generell zehn Prozent, die für viele Arbeiter mit beträchtlichen Lohneinbußen verbunden war, sorgte zusätzlich für eine Zuspitzung der Situation. Latente Unruhe war allenthalben spürbar. Schließlich wurde die Politbürokratie der SED durch Intervention der Moskauer KP-Führung zu einer Politik des Neuen Kurses genötigt. In Beschlüssen des Politbüros der SED vom 9. Juni und des Ministerrates der DDR vom 11. Juni 1953 wurden Lockerungen und Korrekturen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Revision der Justiz- und Kirchenpolitik versprochen.

Indes waren die inneren Konflikte nicht mehr unter Kontrolle zu halten. Am 16. Juni traten in Ost-Berlin die Bauarbeiter in der Stalinallee in den Streik und formierten einen Demonstrationzug zum "Haus der Ministerien" in der Leipziger Straße, wo sie vergeblich eine Diskussion mit Ulbricht oder Grotewohl forderten. Die von ihnen unterwegs immer wieder skandierten Sprechchöre "Kollegen, reiht euch ein – wir wollen keine Sklaven sein" trafen genau die Stimmungslage damals unter den Arbeitern in der DDR.

Tags darauf, am 17. Juni 1953, griff der Streik auf zahlreiche Großbetriebe nicht nur in Ost-Berlin, sondern auch in den wichtigsten Industriezentren der DDR über. In mehr als 560

Städten und Ortschaften kam es nach jüngsten Forschungen zu Streiks, Demonstrationen und Unruhen. In mehreren mittel- und ostdeutschen Städten wurden Parteibüros, Verwaltungsgebäude und Dienststellen der Staatssicherheit von Demonstranten besetzt. In nicht weniger als neun Gefängnisse drangen Aufständische ein und befreiten über 1 300 Gefangene.

Generell war der Verlauf des Juni-Aufstands davon gekennzeichnet, daß die von den Streikenden ursprünglich erhobenen ökonomischen und sozialen Forderungen spontan in politische Forderungen umschlugen. Nicht nur "Nieder mit den Arbeitsnormen" lautete die Losung der Demonstranten wie zu Anfang des Aufstands, sondern Forderungen wie "Freiheit für politische Gefangene", "Rücktritt der Regierung" und "Freie Wahlen" bestimmten die Grundstimmung, wobei sich mit dem Ruf nach "Freien Wahlen" die Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands verband. Auf mehreren spontanen Kundgebungen, zum Beispiel in Görlitz und Halle, sangen die Demonstranten das Deutschlandlied.

Erst der bewaffnete Einsatz von Truppen der in der DDR stationierten Gruppe der sowjetischen Streitkräfte stellte "Ruhe" und "Ordnung" wieder her. Über 167 von 217 Stadt- und Landkreisen wurde für Tage, zum Teil für Wochen der Ausnahmezustand verhängt. Ohne Eingreifen der Roten Armee hätte der erste Aufstand gegen den Stalinismus der Diktatur der SED schon 1953 ein Ende bereitet.

Der Aufstand forderte Opfer. 24 Menschen verloren ihr Leben durch sowjetischen Waffeneinsatz – acht starben durch Kugeln der DDR-Volkspolizei. Mindestens 18 Aufständische wurden durch sowjetische Standgerichte zum Tode verurteilt und erschossen. Die strafrechtliche Verfolgung von Juni-Aufständischen durch die DDR-Strafjustiz erstreckte sich bis weit hinein in das Jahr 1954. Als nach einem Schauprozeß gegen "Hintermänner" des 17. Juni vor dem 1. Strafsenat des Obersten Gerichts am 14. Juni 1954 vier Angeklagte, die übrigens sämtlich aus West-Berlin entführt worden waren, Zuchthausstrafen bis zu fünfzehn Jahren verhängt worden waren, hatte die Zahl der Verurteilungen von Teilnehmern an der Juni-Erhebung – darunter zwei vollstreckte Todesurteile – annähernd 1 600 erreicht.

Der Gärtner Ernst Jennrich, der in Magdeburg unter den Aufrührern war, die gewaltsam mehrere hundert Strafgefangene aus dem Gefängnis befreit hatten, wurde für die Tötung eines Volkspolizisten verantwortlich gemacht. Obwohl selbst das Bezirksgericht in seiner erstinstanzlichen Entscheidung wegen der zweifelhaften Beweislage "nur" auf lebenslänglich erkannte, mußte Ernst Jennrich, Vater von vier Kindern, auf Intervention aus Ost-Berlin in zweiter Instanz zum Tode verurteilt werden. Er starb, 42jährig, am 20. März 1954 unter dem Fallbeil in Dresden.

Zu acht Jahren Zuchthaus wurde DDR-Justizminister Max Fechner verurteilt, weil er Streikenden und Streikführern des 17. Juni in einem Interview Straffreiheit zugesichert hatte. Er wurde Opfer einer Strafjustiz, deren Politisierung er in den ersten Jahren der DDR selbst mitzuverantworten gehabt hatte.

Das Unrecht, das in den Gerichtssälen der DDR damals alltäglich war, ließ Widerstand selbst in der Strafjustiz aufkeimen. Einzelne Staatsanwälte, Richter und Rechtsanwälte sind dafür sogar in die Zuchthäuser des Regimes gegangen. Einer der ersten DDR-Juristen, die ihren Widerstand mit Jahren ihres Lebens hinter Eisengittern büßen mußten, war Staatsanwalt Hans-Joachim Schiebel aus Dresden. Er hatte in den Jahren 1950 bis 1952 "illegal" Verbindung zum Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen unterhalten und Anklageschriften, Urteilsausfertigungen und Rundverfügungen an ihn weitergeleitet:

Widerstand durch Enthüllung. Anfang Oktober 1952 wurde er festgenommen und ein halbes Jahr später mit vier Angeklagten, darunter seine Ehefrau, vor Gericht gestellt. Die Hauptverhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Durch Urteil des Bezirksgerichts Dresden vom 11. März 1953 wurde er antragsgemäß nach Artikel 6 Absatz 2 der DDR-Verfassung mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. Seine Mitangeklagten erhielten Strafen zwischen acht und fünfzehn Jahren Zuchthaus. Im September 1964 – nach rund zwölf Jahren – wurde Schiebel dank Bonner Häftlingsfreikauf aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden entlassen, nachdem 1956 bereits seine Strafe durch sogenannten Gnadenerweis auf fünfzehn Jahre Zuchthaus herabgesetzt worden war.

Vereinzelt gingen widerständige Bestrebungen auch aus der SED hervor. Im Gefolge des "politischen Tauwetters" trat 1956/57 eine Opposition in Ost-Berlin, Halle, Jena, Leipzig und Potsdam zutage, die sich, getragen von Wissenschaftlern, Redakteuren und Intellektuellen, als "revisionistisch" verstand. Im Zeichen einer sogenannten Entstalinisierung, wie sie sich im Frühjahr 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU und der 3. Parteikonferenz der SED angekündigt hatte, schien auch in der DDR wie in der Sowjetunion eine Erneuerung des Herrschaftssystems denkbar, ein eigenständiger Weg zum Sozialismus, auf dem der Marxismus-Leninismus aus seiner dogmatischen Erstarrung erlöst und die Politik der SED demokratisiert werden könnten. Zwei Schauprozesse vor dem Obersten Gericht gegen Wolfgang Harich und andere sowie gegen Walter Janka und andere und eine Reihe weiterer Strafprozesse machten indes unmißverständlich klar, daß die Entstalinisierung in der DDR weithin Illusion blieb.

Neben solcher durchaus sozialistisch motivierten Opposition regte sich auch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre studentischer Widerstand an Hochschulen und Universitäten – in Halle zum Beispiel, in Dresden und in Jena. Speziell hier an der Friedrich-Schiller-Universität sammelte sich um die Studenten Thomas Ammer, Hans Frömel und Peter Herrmann der "Eisenberger Kreis", dem es gelang, über mehrere Jahre Widerstand zu leisten, ehe ihre Gruppe durch Verrat vom MfS zerschlagen werden konnte und ihre Mitglieder in drei Strafprozessen vor dem Bezirksgericht Gera zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Gerade diese Prozesse legten auch Zeugnis davon ab, daß politische Verfolgung nicht nur für die Hoch-Zeiten des Kalten Krieges, sondern auch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre den Herrschenden als ultima ratio im Umgang mit Andersdenkenden erschien.

Ein Bild von Opposition und Widerstand in der DDR wäre unvollständig, würde nicht auch an jene Männer und Frauen erinnert, die aus antikommunistischer Gesinnung zu nachrichtendienstlicher Tätigkeit bereit waren. Für sie war, was gemeinhin Spionage genannt wurde, politischer Widerstand, den sie durchaus im Wissen um das damit verbundene Gefahrenrisiko leisteten.

Akten, die heute in ehemaligen DDR-Archiven zugänglich sind, belegen anschaulich, daß vereinzelt sogar Offiziere der Staatssicherheit zu nachrichtendienstlicher Tätigkeit gewonnen werden konnten. Nicht immer ging die Sache so glücklich aus wie im Fall Werner Stiller, jenes Oberleutnants in der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, der am 19. Januar 1979 flüchten konnte, als er die Aufdeckung seiner Verbindungen zum Bundesnachrichtendienst befürchten mußte.

Einer seiner Genossen im MfS, Hauptmann Karl Hansel, büßte für seine Zusammenarbeit mit der CIA mit seinem Leben. Seine Biographie hätte ein solches Ende kaum erwarten lassen. Geboren 1921 in der damaligen Tschechoslowakei, gelernter Weber, mit fünfzehn Mitglied

des Kommunistischen Jugendverbandes, während des Krieges als Soldat zur Deutschen Wehrmacht einberufen, zeitweilig in Haft wegen "Zersetzung der Wehrkraft", war er schließlich zur Roten Armee desertiert. Unter diesen Voraussetzungen schien ihm nach seiner Heimkehr eine politische Karriere in der sowjetischen Zone bzw. in der DDR sicher. Tatsächlich wurde er Mitglied der SED, trat in den Dienst der Volkspolizei und wechselte 1953 zur Staatssicherheit in Dresden.

Hier wurde er 1956 als Offizier im besonderen Einsatz zu den volkseigenen Flugzeugwerken Dresden abkommandiert, getarnt als stellvertretender Direktor für Kader und Sicherheit. Aus Enttäuschung über die Entwicklung in der DDR hatte er bald nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 Kontakt zum amerikanischen Geheimdienst gesucht. Bis zu seiner Festnahme im September 1960 lieferte er geheime dienstliche Unterlagen, Personaldaten und Wirtschaftsinformationen nach West-Berlin. Die Anklage lautete auf "Verrat", "Zersetzungstätigkeit in den Sicherheitsorganen" und "Wirtschaftsspionage". In einem Geheimprozeß verurteilte ihn das Bezirksgericht Neubrandenburg am 8. September 1961 zum Tode. Wie in solchen Fällen üblich stand das Urteil vor der Hauptverhandlung fest: "Der Oberste Staatsanwalt will die Todesstrafe beantragen", heißt es im Protokoll einer Politbürositzung drei Tage zuvor. "Wegen der Schwere und des Umfangs des Verrates stimmen wir diesem Vorschlag zu." So geschah es – einen Monat nach seiner Verkündung wurde das Urteil vollstreckt.

Ein zweites Beispiel für Spionage als Widerstand handelt von Professor Dr. Adolf Henning-Frucht. Jahrgang 1913, Militärarzt und Arbeitsmediziner, zuletzt Chef des Instituts für Arbeitsphysiologie in Ost-Berlin. In dienstlicher Eigenschaft erfuhr er von Experimenten der Chemischen Dienste der Nationalen Volksarmee mit einem extrem kältebeständigen Kampfstoff, bei dessen Einsatz das Radarwarnsystem der US-Air-Force in Alaska zur Abwehr sowjetischer Atom-Raketen hätte außer Gefecht gesetzt werden können. Aus Gewissensgründen setzte er sich mit dem amerikanischen Geheimdienst in West-Berlin in Verbindung, um die USA vor den katastrophalen Folgen der neuen C-Waffe zu warnen. Nach seiner Enttarnung im Mai 1967 verhaftet, wurde er am 2. März 1968 vom Militärstrafsenat des Obersten Gerichts zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt und nach zehn Jahren gegen den chilenischen Kommunisten Jorge Montes "freigetauscht".

Ich kann hier immer nur einzelne Beispiele benennen, um an ihnen festzumachen, was es an Opposition und Widerstand gegeben hat. Politische Gegnerschaft aber konnte sich auch in einer Verweigerungshaltung ausdrücken, die Flucht aus der DDR hieß – massenhafte Flucht. Mit Recht sprechen Historiker von einer "Abstimmung mit den Füßen". Immerhin trug die permanente Fluchtbewegung in den Jahren 1949 bis 1961, zwischen der Gründung der DDR und der Errichtung der Berliner Mauer, rund 2,7 Millionen Menschen mit sich in den Westen. Viele dieser Menschen retteten sich aus Furcht vor politischer Verfolgung in diese Alternative. Zu bestimmten Zeitpunkten erfaßte sie ganze soziale Gruppen in der Gesellschaft der DDR – zum Beispiel Mitglieder Jüdischer Gemeinden, die 1952/53 in den Sog der antizionistischen Kampagne der SED gerieten, oder Bauern, die lieber Haus und Hof verließen, als sich in die Kollektivierung der Landwirtschaft zwingen zu lassen.

Die Sperrmaßnahmen vom 13. August 1961 sollten den Flüchtlingsstrom aus der DDR eindämmen. Indes brachten sie eben dadurch in Gestalt aktiver Fluchthilfe auch eine neue Form des Widerstands hervor. Menschen beiderseits der Berliner Mauer, Studenten zumal, schufen phantasie reich immer neue Möglichkeiten, fluchtwilligen Bürgern, Freunden oder Familienangehörigen einen Ausweg nach Westen zu öffnen – durch Ausschleusung in umgebauten Autos, mit Hilfe gefälschter Pässe, durch den Bau unterirdischer Fluchtstollen.



Als der Fluchthelfer Harry Seidel, ein Elektromonteur aus Ost-Berlin, in einem selbstgegrabenen Fluchttunnel der Staatssicherheit in die Hände gefallen war, verurteilte das Oberste Gericht der DDR ihn zu lebenslänglich Zuchthaus. Die Wertung der Fluchthilfe als "friedensgefährdendes Verbrechen" ließ ermessen, wie vehement das Regime auf solcherart Widerstand zu reagieren für nötig hielt.

Mit der hermetischen Abriegelung der DDR war dem Regime der SED auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht möglich geworden, weil sich Wehrpflichtige dem Waffendienst nun nicht mehr ohne weiteres durch Flucht in den Westen entziehen konnten. Allerdings entschlossen sich nun alljährlich Hunderte junger Männer zu offener Wehrdienstverweigerung. Eine neue Form der Opposition hatte sich herausgebildet.

Nicht selten hatte sie strafrechtliche Sanktionen zur Folge wie im Fall Rainer Eppelmann. Er, später Pfarrer, Bürgerrechtler und Bundestagsabgeordneter, hatte als 22-jähriger Maurer den Wehrdienst mit der Waffe verweigert, weshalb er zu einer Bausoldaten-Einheit der Nationalen Volksarmee einberufen wurde. Als er sich unter Berufung auf sein christlichen Gewissen weigerte, ein Gelöbnis als Bausoldat abzulegen, "jeden Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu befolgen", wurde er 1966 vom Militärgericht Neustrelitz zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Hunderte von Bausoldaten sind im Laufe der Zeit ihrer Haltung wegen verurteilt worden.

Während die SED, gleichsam im Schatten der Berliner Mauer, zögerliche Ansätze zu mehr Flexibilität ihrer Herrschaft einleitete, so durch das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, das nach wenigen Jahren freilich wieder aufgegeben wurde, kam es vereinzelt auch zu offener Regimekritik. Besonders Robert Havemann, Professor für physikalische Chemie, löste nach seinem Wandel vom überzeugten Parteigänger der SED zum Dissidenten, der sich öffentlich zu seinem Bruch mit dem Stalinismus bekannte, einen Jahre währenden Diskurs zur Demokratisierung des Sozialismus aus.

Havemanns Ideen korrespondierten mit der Reformbewegung im tschechoslowakischen Kommunismus, die unter dem Begriff des "Prager Frühling" in die Geschichte einging. Unter der Führung von Alexander Dubcek schienen die Demokratisierung und Humanisierung des Systems denkbar. Auch in der DDR fanden seine Ideen unter vorwiegend jüngeren Genossen der SED Sympathie und Zustimmung. Als die Reformbewegung in der CSSR durch die militärische Intervention von fünf Warschauer-Pakt-Armeen erstickt wurde, kam es in der DDR zu Protest- und Solidaritätsaktionen, die wie üblich strafrechtlich geahndet wurden. Nahezu 500 Festnahmen sind in diesem Zusammenhang bekannt geworden.

Der Wechsel in der Führung der SED von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 belebte zwar kurzfristig Hoffnungen auf eine Öffnung der DDR nach Westen und auf inneren Wandel des Regimes, zumal mit Inkrafttreten des zwischen beiden deutschen Staaten geschlossenen Grundlagenvertrages und nach Ratifizierung der KSZE-Schlußakte von Helsinki durch die DDR, aber als diese Hoffnungen enttäuscht wurden, als die erwartete Freizügigkeit für Menschen und Meinungen ausblieb, rief dies neue Verweigerung und neues Verlangen nach legaler Ausreise aus der DDR hervor.

Zu welcher Verzweiflungstat politischer Protest in der DDR fähig sein konnte, führte der Öffentlichkeit die demonstrative Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz am 18. August 1976 in Zeitz vor Augen. Mit seinem Opfertod wollte der evangelische Geistliche ein Zeichen gegen die "gottlose" Jugendpolitik der SED setzen.

Das Jahr 1976 bildet für die Geschichte von Widerstand und Opposition in der DDR eine wichtige Zäsur: Von hier an setzte sich die Erkenntnis durch, daß Widerstand, der sich konspirativer Mittel und Vorgehensweisen bediente, kaum mehr zu politischem Erfolg führen kann. Er war unzeitgemäß geworden. Die fundamentale Gegnerschaft, die die realsozialistische Diktatur prinzipiell in Frage stellte, schien angesichts der Bestandsgarantie der Sowjetunion für die DDR aussichtslos. Offenes Opponieren dagegen erschien aussichtsreicher. Anfänge einer Bürgerrechtsbewegung zeigten sich im Einfordern von Grundrechten unter Berufung auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki. Es geschah offen – in Riesa zum Beispiel, wo unter dem Datum des 10. Juli 1976 eine "Petition zur vollen Erlangung der Menschenrechte" von zunächst 33 "mündigen Bürgern" mit Namen und Anschrift unterzeichnet wurde, denen sich in der Folgezeit weitere Petenten anschlossen, um legal die Ausreise aus der DDR zu ertrotzen. Das Beispiel dieser für die DDR neuartigen Bürgerinitiative machte Schule. Als eine aktuelle Form von Opposition verunsicherte sie das Regime derart, daß eigens neue Strafrechtsnormen dagegen geschaffen wurden.

Provoziert wurde diese Entwicklung nicht zuletzt durch die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann. Ein Freund Robert Havemanns, hatte er durch seine aufsässigen Lieder seit Jahr und Tag den Unwillen der Funktionäre auf sich gezogen. Als er trotz faktischen Auftrittsverbots keine Ruhe gab, seine Lieder im Westen publizierte, aber auch in DDR-Kirchen auftrat, wurde er am 16. November 1976 während eines eigens zu diesem Zweck offiziell genehmigten Gastspiels in Köln ausgebürgert. Daraufhin solidarisierten sich mit ihm zunächst zwölf DDR-Schriftsteller öffentlich und verlangten eine Revision dieser Entscheidung. In den Wochen danach schlossen sich mehr als hundert weitere Schriftsteller und Künstler dem Protest an. Mit ihrer Maßregelung setzte ein Exodus oppositioneller Schriftsteller und Künstler ein: Sarah Kirsch, Jurek Becker, Hans-Joachim Schädlich, Günter Kuhnert, Erich Loest, Reiner Kunze und Jürgen Fuchs verließen die DDR – um einige wenige, keineswegs alle Namen zu nennen. Ihr Weggang wirkte wie ein Menetekel des Massenexodus, der 1989 den Zusammenbruch des DDR-Sozialismus so dramatisch beschleunigen sollte.

Mit dem Übergang zu pazifistischer Basisarbeit unter dem Schutzdach der evangelischen Kirche, mit dem öffentlichen Aufgreifen ökologischer Probleme und mit dem Eintreten für Bürger- und Menschenrechte in der DDR gewinnt die Opposition in der DDR der achtziger Jahre eine neue Dimension. Mit der Gründung der kirchenunabhängigen "Initiative Frieden und Menschenrechte" 1986 – der ersten kontinuierlich arbeitenden Bürgerrechtsgruppe in der DDR – trat sie in eine neue politische Qualität. Die Bürgerrechtsbewegung in der DDR nahm Konturen an – die Endzeit der realsozialistischen Diktatur hatte angefangen.

Als Fazit bleibt die Erkenntnis, daß Opposition und Widerstand in der DDR von Anfang an existent waren, weil die Herrschaft der SED von Anfang an als Diktatur etabliert war – wie auch immer ihre Erscheinungsformen und Zielsetzungen zu definieren sind, die sich mit der Politik der Partei gewandelt haben. Unter dieser Voraussetzung konnten oppositionelle und widerständige Bestrebungen auch kaum politische Forderungen hervorbringen, die sich in vier Jahrzehnten realsozialistischer Diktatur in ungebrochener Kontinuität erhielten.

Im Grunde gab es nur eine Forderung, auf die eine solche Kontinuität zutraf – die Forderung nach freien Wahlen, die sich seit den ersten Einheitslistenwahlen am 15. Oktober 1950 in der DDR von Wahl zu Wahl aktualisierte. Das Verlangen nach freien Wahlen, das sich aus dem Recht auf Selbstbestimmung herleitete, war das eigentliche und einzige Kontinuum des Widerstands. Wer dafür eintrat, hatte zu jeder Zeit politische Verfolgung zu gewärtigen, so

lange die SED ihre Macht ausüben konnte. In Hunderten von Strafurteilen haben DDR-Gerichte die Forderung nach freie Wahlen als "konterrevolutionäres Delikt" geahndet.

Als Bürgerrechtler vor und nach den Kommunalwahlen in der DDR am 7. Mai 1989, den letzten Einheitswahlen unter dem Regime der SED, offen für eine alternative Entscheidungsmöglichkeit eintraten bzw. nach dem Wahltag die Fälschung der Wahlergebnisse öffentlich machten, ohne daß sich das Regime strafrechtlich gegen sie vorzugehen noch imstande sah, da zeigte sich die Ohnmacht der Mächtigen in der Auseinandersetzung um freie Wahlen, die auch für ihren historischen Beginn charakteristisch gewesen war.

Die Geschichte der politischen Verfolgung in der DDR wird die Historiker noch lange beschäftigen. Noch nicht einmal alle Verfolgten-Schicksale sind bis heute geklärt. Bis heute konnte zum Beispiel nicht ermittelt werden, wie Robert Bialek, ein hoher Funktionär der FDJ und SED sowie Generalinspekteur der Volkspolizei, der nach seiner Flucht nach West-Berlin mit dem Ostbüro der SPD und dem Londoner Rundfunk zusammenarbeitete – also das tat, was Erich Mielke "ideologische Diversion" nannte -, ums Leben kam. Bialek, ursprünglich überzeugter Kommunist und verfolgter Antifaschist, wurde am 4. Februar 1956 von MfS-Agenten in West-Berlin betäubt und nach Ost-Berlin verschleppt. Seither war nichts mehr über sein Schicksal zu erfahren.

Nicht einmal endgültige Zahlen zur politischen Verfolgung konnten bis heute erarbeitet werden. Realistische Schätzungen wissen von mindestens 200 000 Männern, Frauen und jungen Menschen, die von Strafgerichten der DDR aus politischen Gründen verfolgt wurden, aber präzisieren läßt sich diese Zahl genausowenig wie die Zahl derer, die in Mittel- und Ostdeutschland sowjetischer Verfolgung zum Opfer fielen. Nach vorläufigen Erhebungen belief sich die Zahl der politisch Verurteilten in der DDR der achtziger Jahre im Durchschnitt auf 3 100 pro Jahr. Hier harret noch viel Forschungsarbeit auf den Historiker. Eine Erkenntnis allerdings steht außer jedem Zweifel: Die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR kann in ihrer Bedeutung für die politische Kultur des geeinten Deutschland nicht hoch genug veranschlagt werden. Ihr Erbe ist für das demokratische Selbstverständnis der Deutschen, und zwar aller Deutschen, ein hohes Gut, das es zu bewahren gilt.

# Die Rolle der Kirchen für die Opposition

*Peter Maser*

## Ein kurzer Blick zurück auf die Anfänge

Widerstand, Opposition und Verweigerung lassen sich als Synonyme für politische Gegnerschaft bzw. als Verhaltensweisen definieren, die auch den von Martin Broszat geprägten Begriff der Resistenz einschließen. Resistenz meint den Versuch wirksamer Abwehr, Begrenzung und Eindämmung der in der DDR errichteten SED-Herrschaft und ihres demokratisch illegitimen Machtanspruchs. Resistenz beschreibt auch eine gewisse ideologische Unempfindlichkeit gegenüber den totalitären Zumutungen und Verlockungen innerhalb jener gesellschaftlichen Gruppen, die über eine eigene Weltanschauung und ein darauf beruhendes Wertesystem verfügen.

In der DDR wurden alle Formen widerständigen und oppositionellen Verhaltens gesellschaftlich, parteiintern und justiziell bekämpft und mit unterschiedlichsten Mitteln sanktioniert: "In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition gegen die herrschenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse keine objektive politische oder soziale Grundlage". Es gab deshalb keinerlei legale Opposition, weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch. In der Volkskammer hat es bis zum Sturz Erich Honeckers nur ein einziges Mal Nein-Stimmen und Stimm-Enthaltungen mit Genehmigung der SED-Führung geben dürfen: Am 9. März 1972 konnten einige Abgeordnete bei der Beschlußfassung über das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft ein abweichendes Votum abgeben.

Widerstand, Opposition und Verweigerung wurden in der DDR durch die Partei- und Staatsführung auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Intensität verfolgt. Die Skala reichte von der politischen Diskriminierung über die soziale Ausgrenzung, Berufsverbote, Ausbürgerung bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung. Wenn in der späteren DDR der Terror zurückgenommen wurde, dann hatte das wenig mit einem Nachlassen der antidemokratischen Energie bei der SED-Führung zu tun, sondern läßt sich eher aus der Rücksichtnahme auf internationale Verpflichtungen, offizielle und inoffizielle Vereinbarungen mit der Bundesrepublik Deutschland und einer wachsenden ökonomischen Schwäche erklären, die sich immer stärker auch innenpolitisch auswirkte. Wie im Abschlußbericht der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" festgehalten wurde, reichte die Resistenz in der Realität der SBZ/DDR "von der Verweigerung bis zum individuellen Protest, vom bewußten, demonstrativen Aufbegehren bis zu sozialdemokratischem, christlich-demokratischem und liberalem Widerstand, der sich in Gruppen organisierte, von kommunistischer Dissidenz bis zu innerparteilicher Opposition, von politischen Streiks bis zur spontanen Massenaktion und zu Unruhen, von der Bildung offen agierender Gruppen und Bürgerinitiativen bis zum Widerstand, der sich konspirativ gesammelt und aktiv gehandelt hat". Dieser Feststellung muß um der historischen Präzision willen unbedingt hinzugefügt werden: Die Kirchen als die einzigen gesellschaftlichen Großorganisationen, die aus dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Gewaltregimes einigermaßen unbeschädigt hervorgingen, über funktionierende und flächendeckende Apparate verfügten und sich auf einen breiten, in den unterschiedlichen Phasen der SED-Diktatur verschieden motivierten Rückhalt in der Bevölkerung stützen konnten, waren im Gegenüber zu den Zumutungen der SED eigentlich

immer die wichtigste Oppositionskraft. Die Rolle der Kirchen als Oppositionskraft war gleichfalls eine wechselnde. Waren diese bis in die frühen fünfziger Jahre noch die wahrnehmbarsten Vertreter eindeutig demokratischer Standards, so mußten sie sich später darauf beschränken, der "Mund der Verstummtten" zu sein, bevor sie gegen Ende der SED-Herrschaft zum Sammelbecken verschiedenster oppositioneller Kräfte wurden. Die Konfliktfelder zwischen den Kirchen und der SED-Führung können hier nur mit Stichworten umschrieben werden: Jugend und Schule, Bodenreform, sowjetische Speziallager, Deportationen in die Sowjetunion, Situation der Kriegsgefangenen und der als Kriegsverbrecher Angeklagten, sozialistische Klassenjustiz, Freiheit von Lehre und Forschung, Freiheit der Medien, gesamtdeutsche Optionen, Friedensdienst und Militarisierung der DDR-Gesellschaft sowie der Gesamtbereich der weltanschaulichen Auseinandersetzungen.

Die führenden Kirchenvertreter, insbesondere Bischof Otto Dibelius und Kardinal von Preysing, haben ihren Widerstand gegen die undemokratische Entwicklung in der SBZ/DDR immer wieder öffentlich gemacht, aber auch in internen Verhandlungen mit der SMAD, der SED-Führung und der DDR-Regierung versucht, im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland tätig zu werden.

*Bischof Otto Dibelius 1949: "Gegenwärtig bedrückt uns mehr als alles andere die Sorge, daß das Staatsgebilde, das um uns her entsteht, so viel von den Zügen zeigt, denen in der nationalsozialistischen Zeit unser Widerstand um Gottes Willen gegolten hat: Gewalt, die über alles Recht hinweggeht, innere Unwahrhaftigkeit und Feindschaft gegen das christliche Evangelium. In der Abteilung K 5 der sogenannten Volkspolizei ist die Gestapo unseligen Andenkens wieder erstanden. Es wird mit denselben Methoden gearbeitet wie damals."*

*Kardinal von Preysing 1950: "Solange die Schmach der Konzentrationslager [= sowjetische Speziallager] besteht, wird kein Friede und keine Einheit in unserem Volk herbeigeführt werden."*

Die Querverbindungen, die es damals zwischen den Kirchen und dem frühen politischen Widerstand gegeben hat, sind im einzelnen noch kaum aufgearbeitet worden. Zu erinnern wäre hier beispielsweise an die Konflikte, die sich ergaben, als sich 1945 der LDPD-Vorsitzende Waldemar Koch sowie die beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber gegen entschädigungslose Enteignungen und brutale Zwangsmaßnahmen im Zuge der Bodenreform ausgesprochen hatten.

Als die KPD in Ost-Berlin und in der SBZ sich mit der SPD vereinigte, löste das bekanntlichermassen eine breite Opposition von Sozialdemokraten gegen diese Fusion aus, die vielfach in Widerstand umschlug. Etwa 5.000 frühere SPD-Mitglieder sind bis 1956 durch sowjetische Militärtribunale oder Gerichte der DDR deswegen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Parallel dazu gab es auch in den Reihen von CDU und LDPD vielfältigen Widerstand gegen die Machtübernahme der Kommunisten in allen Bereichen der staatlichen und kommunalen Verwaltung, des öffentlichen und kulturellen Lebens. Deshalb wurden die beiden CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer 1947 von der SMAD aus ihren Wahlämtern entfernt, nachdem sie sich der sog. Volkskongreßbewegung, dem damaligen Hauptinstrument kommunistischer "Blockpolitik", verweigert hatten. Allein aus der CDU sind bis 1956 rund 1.500 Funktionsträger und Mitglieder verhaftet und in die Gefängnisse verbracht worden, weil sie sich der politischen Gleichschaltung der CDU als "Blockpartei" zu widersetzen versucht hatten. Die Kirchen haben auch hier immer wieder warnend und mahnend ihre Stimmen erhoben.

Opposition sammelte sich zunächst auch an den Universitäten, wo sich von der CDU oder von der LDPD getragene Studentengruppen bildeten, die – unterstützt von bewußt demokratisch und christlich eingestellten Professoren – zusammen mit den damals sehr lebendigen Studentengemeinden eine wirksame Alternative zur FDJ darstellten. Mehrere Hundert Studenten, darunter viele bewußte Christen, wurden bereits in den Jahren bis 1950 verurteilt: Ewald Ernst, Manfred Klein und Georg Wrazidlo in Ost-Berlin, Horst Hennig in Halle oder Wolfgang Natonek in Leipzig. In Rostock wurden die Studenten Arno Esch, Gerhard Blankenburg und Heinrich Puchstein zum Tode verurteilt. Sie wurden in Moskau hingerichtet.

Die politische Hauptforderung nahezu aller Oppositions- und Widerstandsgruppen unter der Diktatur der SED war die nach freien Wahlen und der Wiedergewinnung der deutschen Einheit, die sich auch die Kirchen voll zu eigen machten. Noch immer zu wenig wird die Flucht- und Abwanderungsbewegung aus der DDR als Teil einer bewußten Protest- und Verweigerungshaltung gegenüber der SED-Herrschaft gewürdigt, die einer permanenten "Abstimmung mit den Füßen" gleichkam. Die Zahl derer, die die DDR verließen, belief sich von 1949 bis zur Errichtung des "antifaschistischen Schutzwalles" am 13. Aug. 1961 auf rund 2,7 Millionen. Die Kirchen haben frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die Flucht in den Westen nicht nur ein unübersehbares Zeichen der Opposition innerhalb der DDR-Bevölkerung war, sondern auch das Widerstandspotential insgesamt schwächte. Das bekamen auch die Kirchen selber schmerzhaft zu spüren, verloren gerade sie doch durch die Flucht in den Westen unzählige Menschen, die sie für den Gemeindeaufbau dringend benötigten.

Opposition und Widerstand verstärkten sich deutlich, als die 2. Parteikonferenz der SED (2.-5. Juli 1952) mit ihren Beschlüssen über den "Aufbau des Sozialismus" die radikale Verschärfung des Klassenkampfes einleitete. Seit Herbst 1952 kam es in Industriebetrieben punktuell zu Streiks, als Reaktion auf die erste Kollektivierungsphase der Landwirtschaft setzte auf dem Lande eine regelrechte Bauernflucht ein. In der Jungen Gemeinde der evangelischen Kirche und den Studentengemeinden wurde die Opposition gegen das SED-Regime so stark, daß diese am 27. April 1953 offiziell zu "illegalen Organisationen" erklärt wurden. Der "Kirchenkampf" von 1952/53, so zeigt sich in der Rückschau, war der zu allem entschlossene Versuch der SED-Machthaber, die wichtigste organisierte und gesamtdeutsch orientierte Opposition im Lande zu liquidieren und deren Reste nach sowjetischem Vorbild als Kultgemeinschaft zu neutralisieren.

*Rat der EKD 1953: "Wir bitten die Regierung der DDR, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die Angriffe gegen die Jugendarbeit der Kirche aufhören, daß polizeiliche Behinderungen unterbleiben, daß die Jugendlichen, insbesondere die in den Oberschulen, in ihrer Glaubensfreiheit geschützt werden, daß die Jugendlichen um ihrer kirchlichen Betätigung willen keine Nachteile erleiden."*

Erst nach dem Tode Stalins mußte die DDR-Führung angesichts einer katastrophalen Destabilisierung des Systems und auf eindeutige sowjetische Weisung hin die Politik des Neuen Kurses einleiten (Beschlüsse des Politbüros vom 9. und des Ministerrates vom 11. Juni 1953), die Zugeständnisse des Regimes auf verschiedenen Gebieten verhiß. Die sowjetischen Genossen hatten insbesondere auch eine Neuorientierung in der Kirchenpolitik: Nun hieß die Losung nicht mehr brutale Liquidation, sondern Vereinnahmungen und Aushöhlen der christlichen Basis, insbesondere auch durch die Einführung der Jugendweihe 1954, die ursprünglich wohl vornehmlich als ein Zustimmungsritual zum Sozialismus, weniger als ein atheistische Bekenntnis der Jugend geplant war. Die raschen Erfolge der mit vielfältigem

Zwang durchgesetzten Jugendweihe veränderten die Bedeutung der Kirchen als Oppositionskraft innerhalb der DDR grundlegend. Bald mehrten sich vor allem in den evangelischen Kirchen die Stimmen, die das "Christ in der DDR" nun als Chance begreifen wollten, der Minderheitensituation der Kirchen theologische Reize abzugewinnen versuchten und die Frage nach der deutschen Schuld im Sinn einer größeren Annäherung an marxistische Positionen instrumentalisierten. Die katholische Kirche in der DDR begann sich damals demgegenüber im Bewußtsein ihrer Minderheitensituation, aber auch ihrer Zugehörigkeit zur römischen Weltkirche politisch stärker zu begrenzen, die innerkirchliche Konzentration in den Vordergrund zu stellen und die Teilhabe an den öffentlichen Auseinandersetzungen zu verweigern.

Trotz solcher Entwicklungen blieben die beiden großen Kirchen Träger partieller Proteste, so z.B. im Kontext der Politik der Vollkollektivierung der Landwirtschaft 1959/60. Einen auch für die Kirchen in seiner Gesamtwirkung nicht zu überschätzenden Einschnitt bedeutete der Mauerbau 1961. Die Kirchen mußten nun immer stärker damit rechnen, auf sich alleine angewiesen zu sein, wenn sie auch zäh an den Verbindungen zu den westlichen Schwesterkirchen und ihren internationalen Kontakten auf ökumenischer Ebene festhielten.

*Bischof Friedrich Wilhelm Krummacher 1960: "Über viele unserer Bauernhäuser und unserer Dörfer geht zur Zeit eine Welle der Angst, der Verzweiflung und der Resignation, weil Bauern gegen ihren Willen [...] mit Mitteln wirtschaftlichen, politischen und moralischen Druckes zum Eintritt in eine LPG veranlaßt werden. Es widerspricht der Menschenwürde und dem Gewissensernst einer solchen Entscheidung, wenn von den Bauern dann noch schriftlich bestätigt werden muß, das sei 'freiwillig' geschehen."*

## **Kirche und Opposition in einem ummauerten Land**

Zu einer erneuten Annäherung von Kirchen und politischer Opposition kam es jedoch, als die Volkskammer am 24. Januar 1962 durch Gesetz die allgemeine Wehrpflicht in der DDR einführte. Widerständiges und oppositionelles Verhalten äußerte sich nun bis auf weiteres vor allem als Wehrdienstverweigerung. Da diese fast immer kirchlich getragen war, sah sich das Regime schließlich dazu veranlaßt, durch eine Verordnung des Nationalen Verteidigungsrates vom 7. September 1964 die Ableistung eines waffenlosen "Wehrersatzdienstes" für Wehrdienstverweigerer einzuführen. Dieser war in besonderen Einheiten der NVA abzuleisten, bei den sogenannten Bausoldaten. Trotzdem mehrten sich die Fälle, in denen junge Menschen sich auch als Totalverweigerer bekannten und in besonderer Weise die Fürsorge der Kirchen erfuhren. Die Einführung der Baukompanien erwies sich im übrigen als der größte strategische Fehler, den die SED-Führung sich wahrscheinlich jemals leistete. Die Bausoldateneinheiten wurden zu regelrechten "Schulen der Opposition". Wer diese absolviert hatte, so läßt sich rückschauend feststellen, landete fast unvermeidlich in den kirchlichen Friedensgruppen, die zu Keimzellen jener Oppositionsbewegung wurden, die im Herbst 1989 die Hunderttausende im ganzen Land auf die Straßen brachte.

*Aus der Handreichung für die Seelsorge an Wehrpflichtigen 1965: "Vielmehr geben die Verweigerer, die im Straflager für ihren Gehorsam mit persönlichem Freiheitsverlust leidend bezahlen, und auch die Bausoldaten, welche die Last nicht abreißender Gewissensfragen und Situationsentscheidungen übernehmen, ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebotes unseres Herrn. Aus ihrem Tun redet die Freiheit der Christen von politischen Zwängen."*

Die Auseinandersetzungen um die Spaltung der gesamtdeutschen EKD, die 1969 mit der Kirchenspaltung und der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) beendet wurden, bewirkten vordergründig zunächst eine weitere Schwächung des kirchlichen Oppositionspotentials. Die Führung übernahmen innerkirchlich nun endgültig jene Kräfte, die auf eine oft theologisch verinnerlichte Anpassung an das SED-Regime orientierten und in Einzelfällen auch vor verwerflichen Dauerkontakten zum MfS nicht zurückschreckten. Die Konzeption einer "Kirche im Sozialismus", deren tatsächlicher Bedeutungsgehalt innerkirchlich niemals ausreichend geklärt wurde, trug zur weiteren Verwirrung der Gemüter bei.

*BEK-Synode Eisenach 1971: "Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein."*

Die Vertreter einer konservativen innerkirchlichen Opposition gegen diese Entwicklungen blieben stets in einer hoffnungslosen Minderzahl. Im Lande ging die Rede von einem "verbesserlichen Sozialismus" um, die theologisch genau so wenig präzise war wie die von der "Kirche im Sozialismus". Trotzdem begriffen die Machthaber solche Versuche der Kirchen, in die sozialistische Gesellschaft einzuwandern, als einen Angriff auf "ihren" Sozialismus, der zu bekämpfen sei. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß mit solchen theologiegestützten Konzeptionen die Sozialismusaffinität in Teilen des DDR-Protestantismus weiter erhöht wurde. Die Grundfrage nach den Unterschieden im christlichen und marxistischen Menschenbild blieb damit ebenso unbeantwortet, wie nun überhaupt alle prinzipiellen theoretischen Auseinandersetzungen in kleinste Zirkel, wie es sie besonders im Umfeld der kirchlichen Ausbildungsstätten gab, abgedrängt wurden. Trotz solcher Anpassungsprozesse darf das oppositionelle Potential der Kirchen auch in dieser Phase nicht unterschätzt werden: Die Gemeinden blieben weithin resistent gegenüber den hochtheologischen Anpassungsprozessen auf der Führungsebene. Sie erlebten sich selber als Räume einer begrenzten Freiheit, des Vertrauens untereinander und der Möglichkeiten, gerade auf solche Menschen zuzugehen, die am Rande der sozialistischen Gesellschaft lebten. Trotz aller Anpassung hielten die Kirchen unbeirrbar an ihren gesamtdeutschen und innerdeutschen Beziehungen fest. Die Patenschaftsarbeit der Gemeinden über die Grenzen hinweg entwickelte sich immer stärker hin zur Partnerschaft, die das gesamtdeutsche Zusammengehörigkeitsgefühl bis auf die Basis hinunter immer wieder stärkte. Auch die weltanschauliche Resistenz blieb präsent und wurde besonders dort immer gefährlich, wo Christen den Marxismus beim Wort nahmen.

*Bischof Hans-Joachim Fränkel 1973 in der Dresdner Annenkirche: "Wer die Gebote Gottes nur so weit predigt, als er der Zustimmung der politischen Gewalten gewiß ist, muß wissen, daß er damit auch die Botschaft von der Vergebung der Sünden verkürzt. Die Versuchung ist groß, nur den angenehmen Teil der Wahrheit zu sagen. In diesem Zusammenhang muß ich an so manche Presseberichte über Erklärungen von Geistlichen erinnern. Viele unserer treuen Gemeindeglieder fühlen sich dadurch mit Recht beirrt, weil diese Erklärungen oft gerade durch das, was sie nicht sagen, nicht mehr wahrhaftig sind. Wer als Prediger des Evangeliums zu politischen Fragen redet, darf auch das, was weniger gern gehört wird, nicht verschweigen, damit nicht das Evangelium zum Mittel politischer Zielsetzungen wird. Jesus Christus hat seine Kirche nicht als Institut für politischen Kredit gestiftet."*

Vor allem aber waren es die Kirchen, unter deren Schutzdach sich immer breiter organisierte, nicht genuin kirchliche Formen der Opposition ansiedeln und entwickeln konnten. Der Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums, dessen Reichweite in die sozialistische Gesellschaft hinein in den Kirchen sehr unterschiedlich definiert wurde, blieb aufrecht



erhalten, wurde sogar allmählich unter dem Einfluß der oppositionellen Gruppen erweitert und gewann je länger je mehr unmittelbare politische Qualitäten. Die Aktivisten der Opposition haben oft die zwiespältigen Reaktionen der Kirchenführungen beklagt. Im Rückblick aber ist zu fragen, ob damit – ungewollt – nicht auch wertvollster taktischer Spielraum für Opposition und Widerstand gewonnen wurde. Die SED-Machthaber konnten Kirche nicht mehr einfach gleich Opposition setzen. Sie konnten auch nicht mehr im Traum daran denken, etwa die Kirchen zu liquidieren, boten diese sich doch auch als die letztlich einzigen Institutionen an, die die oppositionellen Strömungen domestizieren konnten. Deshalb mußten die Kirchen als "Schutzdach" der Opposition erhalten bleiben, auf das diese in den Phasen ihrer Konsolidierung und in den meisten Fällen bis zuletzt angewiesen war.

Zunächst hatten sich, hervorgehend aus verschiedenen Friedensgruppen, Bürgerrechtsinitiativen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in der DDR zusammenzufinden begonnen. Damit regten sich innerhalb der protestantischen Kirchen die politischen Kräfte, die allmählich die Funktion einer systemimmanenten Opposition übernahmen. Die pazifistischen Initiativen und Bürgerrechtlergruppen lernten es immer besser, den legalen Handlungsspielraum und die Öffentlichkeit der Kirche zu nutzen. Damit stellten sie zunächst in Teilgebieten und dann immer umfassender die Legitimationsgrundlagen der SED-Macht in Frage. In den Arbeitsgemeinschaften "Kirche und Judentum" wurde – eigentlich fast nebenher – der antifaschistische Gründungsmythos der SED delegitimiert. Je intensiver die Friedensgruppen über das nachzudenken begannen, "was uns sicher macht", auch im eigenen Land, um so mehr wurde die staatsoffizielle Gleichsetzung von Sozialismus und Frieden unglaubwürdig. Durch Protestaktionen, den Ausbau regionaler Strukturen und eine phantasievolle Öffentlichkeitsarbeit trotz vielfacher Behinderungen sowie durch eine sozialetische Argumentation auf der Grundlage der Bergpredigt widersetzten sie sich der Militarisierung und Disziplinierung der DDR-Gesellschaft, forderten gesellschaftspolitische Alternativen (u.a. Abbau von Feindbildern, ziviler Ersatzdienst) und ermutigten zur Zivilcourage.

Auch die Umweltbewegung entstand Mitte der siebziger Jahre in der DDR durch die Initiative kirchlicher Kreise, die sich mit der Verantwortung der Schöpfung beschäftigten. In Anlehnung und unter Berufung auf den KSZE-Prozeß formierten sich auch Menschenrechtsinitiativen in den Kirchen, deren prominentester Wortführer für einige Jahre der Görlitzer Bischof Joachim Fränkel war. Entgegen der SED, die nach marxistisch-leninistischem Verständnis die Menschenrechte als Privilegien verstand, die sie nach Erreichung ihrer sozialistischen Ziele zuteilen könne, forderte der Bischof: "Anerkennung des Vorgegebenseins der grundlegenden Menschenrechte bedeutet die Respektierung d(ies)er Pluralität und damit echte Toleranz, durch die zwar der ideologische Führungsanspruch der Partei nicht aufgehoben, aber begrenzt wird."

An der kirchlichen Basis entfalteten sich auch Aktivitäten, die die Einschränkung der Religionsfreiheit kritisierten und die Freizügigkeit der Menschen unter Berufung auf die Helsinki-Schlußakte forderten. Zu einer wichtigen Sektion der kirchlichen Opposition entwickelte sich die "offene Arbeit", die unangepaßte Jugendliche und soziale Randgruppen seit Ende der sechziger Jahre sammelte, damit die Fiktion der heilen "sozialistischen Gesellschaft" zerstörte und sozialen Sprengstoff im Regime aktivierte. Ihre führenden Vertreter waren die Pfarrer Frieder Burckhard und Walter Schilling, die auch aktiv die Gegenwehr gegen repressive Methoden des MfS organisierten. Hier ist aber auch Rainer Eppelmann mit seinen Blues-Messen zu nennen, die einer breiteren Öffentlichkeit zeigten, daß die Zahl der Menschen, die nicht mehr in die sozialistische Gesellschaft integriert werden konnten und die geforderte Anpassung verweigerten, ständig zunahm.

Alle diese Gruppierungen und Initiativen im Raum der Kirchen forderten direkt und indirekt die Demokratisierung der DDR ein, da sie die sozialen und rechtlichen Probleme in der DDR nur für lösbar hielten, nicht aber die prinzipielle Ablehnung des Sozialismus. Einen Mobilisierungsschub für die kirchliche und außerkirchliche Opposition löste die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz am 18. August 1976 in Zeitz als Protest gegen die Kirchen- und Jugendpolitik der SED, aber auch die Anpassungstendenzen innerhalb seiner eigenen Kirche aus.

*Brief der Kirchenleitungen an die Gemeinden vom 11. September 1976: "Wir haben immer noch nicht genügend Klarheit gefunden für das politische Zeugnis der Kirche und jedes einzelnen Christen in unserer Umwelt. Viele empfinden einen tiefen Graben zwischen den Entscheidungen und Erklärungen der Kirchenleitungen und dem, was die Gemeinde wirklich braucht. Wir haben noch nicht gelernt, füreinander durchschaubar zu handeln und zu reden."*

Im November des gleichen Jahres wurde der Liedermacher Wolf Biermann ausgebürgert. Dieser war schon vorher in einer Prenzlauer Kirche aufgetreten und hatte damit eine erste Vernetzung der unterschiedlichen Keimzellen von Opposition und Widerstand innerhalb und außerhalb der Kirchen in der DDR markiert. Die durch die Ausbürgerung ausgelöste Protestwelle von Schriftstellern und Künstlern wurde auch von kirchlichen Gruppen mitgetragen, was, wie in Jena, zu Verhaftungen und zu weiteren Ausbürgerungen führte. Schriftsteller wie Reiner Kunze, der 1977 zur Ausreise genötigt wurde, und kritische junge Marxisten suchten nun zunehmend die Verbindung zur kirchlichen Opposition und wurden von dieser in den folgenden Jahren weitgehend integriert.

1978 begann der Widerstand gegen die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen. Das führte zur Bildung von zahlreichen neuen Friedenskreisen. Die Ereignisse in Polen und der Kampf der dortigen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc seit 1980 regten auch die DDR-Opposition an, ohne daß diese eine größere Basis für ihre Anliegen finden konnte. 1981 und 1982 nahm die Arbeit der Friedensgruppen immer umfangreichere Ausmaße an. Mit der Friedensfrage konnten durch die Opposition in der DDR die innere Demokratisierung und – in wenigen Einzelfällen – auch die offene deutsche Frage thematisiert werden. Die erste Friedensdekade im Herbst 1980, die von den Kirchen der Bundesrepublik und der DDR angeregt worden war, stand im Zeichen des Symbols "Schwerter zu Pflugscharen". Trotz der Verbote durch die Schulleitungen und zahlreicher Übergriffe der Sicherheitsorgane trugen zeitweilig bis zu hunderttausend Menschen den Aufnäher mit diesem Symbol. Auf Anregung des Dresdner Pfarrers Christoph Wonneberger wurde ab 1981/82 immer wieder die Einführung eines Sozialen Friedensdienstes (SoFD) als eines echten Wehersatzdienstes gefordert. Ebenfalls 1982 ging von dem Berliner Jugendpfarrer Rainer Eppelmann und dem marxistischen Regimekritiker Robert Havemann der "Berliner Appell" aus, der zur Friedenssicherung den Abzug der Besatzungstruppen forderte und die deutsche Frage aufwarf. Der "Berliner Appell" löste bei den SED-Machthabern ebenso Alarm aus wie bei den Kirchenleitungen, bewirkte er doch eine Vernetzung neuer Qualität von kirchlich bestimmten Protestpotentialen mit solchen, die sich im dissidentischen Umfeld der SED herausgebildet hatten.

*Wort an die Gemeinde des BEK 1979: "Wir erinnern unsere Gemeindeglieder an diesen Friedensdienst im eigenen Land, zu dem uns unser Glaube verpflichtet. Es bleibt Aufgabe der Gemeinde Jesu Christi, für Versöhnung einzutreten."*

1982 und 1983, als die Friedensbewegung ihren Höhepunkt erreichte, wurden Teile der DDR-Öffentlichkeit durch die vielfältigen Friedensgottesdienste und -gebete, Friedenswerkstätten, Fahrraddemonstrationen, Aufrufe, Samisdat-Veröffentlichungen u.a. erreicht. Zur landesweiten Vernetzung solcher Aktivitäten trug auch das erstmals 1983 in Ost-Berlin durchgeführte Treffen von Friedens- und Umweltgruppen "Frieden konkret" bei, das dann alljährlich bis zum Ende der DDR stattfand. 1982 versuchte die SED gewaltsam die Friedensbewegung zu zerschlagen. Es kam zu Verhaftungen, Nötigungen zur Ausreise und regelrechten Abschiebungen – wie im Fall von Roland Jahn in Jena.

Ab 1984 ist eine deutliche Konsolidierung der Opposition in der DDR zu beobachten. Neue Gruppen bildeten sich und entwickelten neue Formen der politischen Auseinandersetzung mit der SED. Verstärkt wurden die Bemühungen um Vernetzung der Gruppen, etwa die landesweite Gruppierung "Solidarische Kirche", und um eine wirksamere Öffentlichkeitsarbeit. Der Schwerpunkt der Arbeit verschob sich immer stärker zugunsten der Menschenrechtsproblematik. Seit der Mitte der achtziger Jahre gewannen solche Gruppen an Bedeutung, die die Bindungen an die Kirchen als Einschränkung ihrer Aktionsfähigkeit betrachteten. 1986 entstand die bedeutendste unabhängige Gruppe, die "Initiative Frieden und Menschenrechte" (IFM) in Berlin, die allerdings weiterhin die Kommunikationsstrukturen der Kirche nutzte und auch personell eng mit dem kirchlichen Milieu verflochten blieb. 1986 wurde die Umweltbibliothek an der Ost-Berliner Zionskirche eröffnet, die zu einem wichtigen Informations- und Kommunikationszentrum oppositioneller Gruppen wurde und auch außerhalb der DDR starke Beachtung fand. Zur gleichen Zeit vermehrte sich die Zahl der Samisdat-Zeitschriften. In ihnen wurde die oppositioneller Theoriebildung und die Kritik an den Verhältnissen in der DDR vorangetrieben. Schon 1977 hatte Rudolf Bahro sein Buch "Die Alternative", eine Fundamentalkritik des real existierenden Sozialismus, im Westen veröffentlicht, die auch in die kirchlich beheimatete Opposition in der DDR hineinwirkte. Studien zur Uranindustrie von Michael Beleites, zu den Menschenrechten von Peter Eisenfeld und zur Energiepolitik von Sebastian Pflugbeil, Ausstellungen in Kirchenräumen und Materialsammlungen mit dem Aufdruck "Nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch" zu in der Öffentlichkeit tabuisierten Themen wie dem Verfall der Innenstädte in der DDR u.a. unterlegten die sozialetische Kritik immer stärker mit unter großen Schwierigkeiten erhobenem empirischem Material.

Die schon damals vorhandenen inhaltlichen Unterschiede in den Zielvorstellungen der verschiedenen Gruppen wurden damals jedoch noch weitgehend durch eine kirchlich domestizierte Artikulationsweise verdeckt, weil die Übermacht des gemeinsamen politischen Gegners und die vielfältigen persönlichen Querverbindungen zur Zusammenarbeit zwischen den Gruppen nötigten. Obwohl es bei den Gruppen sowohl demokratisch-sozialistische wie auch bürgerlich-demokratische Vorstellungen gab, sorgte die Einbindung in kirchliche Strukturen und der erhebliche Anteil von Christen in der Opposition immer noch für einen äußerlichen Konsens, der Unterschiede und Gegensätze überbrückte.

*Manfred Stolpe im Rahmen einer Gastvorlesung in Tübingen 1987: "Die evangelische Kirche in der DDR ist weder eine integrierte sozialistische Organisation noch eine antikommunistische Widerstandsbewegung, weder eine Auswanderungsgesellschaft noch eine sektiererische Fluchtburg."*

Ab 1987 machte sich ein spürbarer Kontrollverlust der SED und des MfS gegenüber der Opposition bemerkbar. Im April 1987 stimmten die meisten der etwa 350 Teilnehmer des vom Friedenskreis Dresden-Johannstadt gestalteten Meißner Friedensseminars einem an Erich Honecker gerichteten Brief zu, in dem Glasnost auch für die DDR verlangt wurde. Als

Gegenschlag dazu besetzten die Sicherheitsorgane in der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 die Berliner Umweltbibliothek. Die starke Solidarisierungswelle zwang die SED-Führung jedoch zum Einlenken und zur Entlassung der verhafteten Aktivisten. Am 17. Januar 1988, als anlässlich der traditionellen Rosa-Luxemburg-Demonstration Oppositionelle öffentlich Freiheit auch für Andersdenkende forderten, erfolgten erneut Verhaftungen und Abschiebungen. Betroffen davon waren führende Oppositionelle wie Stefan Krawczyk, Freya Klier, Ralf Hirsch, Werner Fischer, Bärbel Bohley, Vera Wollenberger, Regina und Wolfgang Templin. Solidaritätsveranstaltungen und Mahnwachen im ganzen Land stärkten das regimekritische Potential, das nun auch außerhalb der DDR-Grenzen immer stärker beachtet wurde.

Eine besondere politische Bedeutung für die Opposition in der DDR gewann seit 1988 zudem der "Konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung", der noch einmal die enge Verbindung von Opposition und Kirchen bestimmte. Auf den Ökumenischen Versammlungen in Dresden und Magdeburg wurde der kirchlich ambitionierte Protest zu einer allgemeinen politischen Kritik an den versteinerten politischen Verhältnissen im SED-Staat weitergeführt. Die rund 10.000 Eingaben aus den Gemeinden, die den Ökumenischen Versammlungen vorgelegt wurden, zeichneten ein umfassendes Bild der DDR in ihrer letalen Phase, aktivierten die Basis und signalisierten der politischen Führung und vor allem dem MfS, wie weit die Auflösung des Regimes inzwischen bereits vorangeschritten war.

*Aus den Beschlüssen der Ökumenischen Versammlung Dresden im Mai 1989: "Der grundsätzliche Anspruch der Staats- und Parteiführung, in Politik und Wirtschaft zu wissen, was für den einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes notwendig und gut ist, führt dazu, daß der Bürger sich als Objekt von Maßnahmen, als 'umsorgt', erfährt, aber viel zuwenig eigenständige, kritische und schöpferische Mitarbeit entfalten kann. Dadurch wird die Lösung anstehender sozialer, ökologischer und ökonomischer Probleme in unserem Land behindert, zugleich aber auch der Blick auf die weltweiten Probleme verstellt, in die auch wir unauflösbar verflochten sind. Die dadurch gegebene Spannung zwischen Regierenden und Regierten verhindert den inneren Frieden, beeinträchtigt aber auch den Hausfrieden im gemeinsamen europäischen Haus."*

Das Verhältnis der Opposition zu den Kirchen wurde in diesen Jahren immer ambivalenter. Die Kirchen wollten und konnten sich selbst nicht als politische Opposition verstehen. In ihnen waren auch stets Kräfte am Werk, die – oft in konspirativer Zusammenarbeit mit den Staatsorganen – die Opposition behinderten oder sogar bekämpften. Andererseits setzten sich sogar noch die unabhängigen Oppositionsgruppen überwiegend aus Theologen und engagierten christlichen Laien zusammen, die von ihren kirchlichen Bindungen nicht absehen konnten und wollten. Die Opposition hatte von der sozialetischen, friedensethischen und theologischen Arbeit der Kirchen vieles gelernt und übernommen. Der kirchliche Rechtsrahmen und die christliche Grundhaltung haben im übrigen dazu beigetragen, der rigorosen Repression durch das MfS standzuhalten. Die synodalen Strukturen hatten zur Einübung in demokratisches Denken und Verhalten beigetragen. Die Gemengelage von Kirchen und politischer Opposition ließ sich weder von interessierter kirchlicher Seite noch von den Repressionsorganen des SED-Staates mehr auflösen. Dieses wäre nur noch um den absurden Preis der völligen Zerschlagung der Kirchen möglich gewesen, die die SED-Machthaber doch zunehmend als systemstabilisierende Kräfte in Anspruch nehmen mußten.

## **Der Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989**

Ab Anfang 1989 verlor die SED-Führung – trotz aller Spitzel innerhalb der Gruppen und Einflußagenten in den Kirchenleitungen – endgültig die Kontrolle über die Opposition. Schon im Januar konnte sie Demonstrationen in Leipzig kaum noch beherrschen. Die Kontrolle der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 durch aktive Gemeindeglieder, die der eigentlichen Opposition oft noch fernstanden, der Versuch, unabhängige Kandidaten aufzustellen oder zum Wahlboykott aufzurufen, sowie dann die öffentlichkeitswirksame Aufdeckung der Wahlfälschungen und der Versuch, Strafanzeige wegen Wahlfälschung zu erstatten, führten zur weiteren Delegitimierung der SED-Herrschaft. Nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking wuchs der öffentliche Einfluß der Opposition in der orientierungslos gewordenen DDR-Gesellschaft weiter an.

Verheerend wirkte sich jetzt auch der zur Massenbewegung werdende Flüchtlingsstrom aus: Tausende Menschen setzten sich im Sommer 1989 über die Tschechoslowakei und Ungarn ab. Am 11. September öffnete die Regierung in Budapest ihre Grenze nach Österreich, so daß Tausende ehemaliger DDR-Bürger in die Bundesrepublik gelangten. Die Krise des DDR-Sozialismus wurde damit zur alles bestimmenden Rahmenbedingung der weiteren Entwicklung: Im September begannen die Oppositionsgruppen, sich zu Bürgerbewegungen oder regelrechten Parteien zu formieren. Das MfS zählte mindestens 120 Gruppen, die durch kirchliche Kreise ergänzt wurden.

*1988 zählte Curt Stauss 160 Friedens- und Menschenrechtsgruppen, 80 Umwelt-, 46 Zweidrittelwelt- und 30 Frauengruppen. In einer Information für Erich Honecker listete das MfS am 1. Juni 1988 insgesamt 160 Gruppen auf, von den 150 als "kirchliche Basisgruppen" eingeschätzt wurden. Die MfS-Rechnung schlüsselte 25 Friedens-, 49 Öko- sowie 23 Friedens- und Umweltgruppen auf. Dazu kamen sieben Frauen-, drei Ärzte-, zehn Menschenrechts-, 39 "2/3-Weltgruppen" sowie diverse "Regionalgruppen von Wehrdienstverweigern". Eine abschließende Auflistung aller oppositioneller Gruppierungen ist kaum möglich, da die Grenzen zwischen einzelnen dieser Gruppen und gegenüber den traditionellen kirchlichen Arbeitsformen und -kreisen oft fließend waren. Viele der Aktivisten waren in mehreren Initiativen gleichzeitig engagiert. Kenner der Szenen schätzen die Gesamtzahl der aktiven Oppositionellen in den achtziger Jahren auf etwa 300. Das MfS kam zu wesentlich höheren Zahlen, wenn es von rund 800 Aktivisten und etwa 2.500 "peripher angegliederten Kräften" berichtete. Von 1969 bis 1990 erschienen im Samisdat rund 130 verschiedene Zeitschriften, Informationsdienste und Zeitungen, deren Auflagenhöhe, Verbreitungsradius und Erscheinungsdauer allerdings stark differierte. Die folgende Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das betrifft auch die Nennung von Persönlichkeiten, die sich in den einzelnen Gruppen engagierten. Sie vermag aber einen Eindruck von der inhaltlichen, regionalen und persönlichen Vielfalt der Gruppen zu vermitteln.*

– *Offene Arbeit: ab Anfang der siebziger Jahre in zunehmend mehr Städten der ganzen DDR; Walter Schilling, Rudi Pahnke*

– *Junge Gemeinde Jena Stadtmitte: ab 1971; Thomas Auerbach, Verbindungen zu Lutz Rathenow und Jürgen Fuchs vom Zirkel "Literatur und Lyrik"*

– *Königswalder Friedensseminar: ab 1972; Hans-Jörg Weigel, Georg Meusel*

– *Kritische Gemeinde Schwerin: ab Anfang der siebziger Jahre; Ulrich Schacht*

– *Arbeitsgemeinschaft "Die Menschenrechte in der ökumenischen Diskussion" in Berlin-Brandenburg: ab Mai 1977; Ulrich Schlabach, Wolfgang Triebler, Ulrich Woronowicz*

– *Naumburger Gruppe um das "Querfurter Papier": ab 1976; Günther Schau*

– *Montagskreis Weimar: ab 1982; Volker Elste, Dirk Marschall*

- *Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde Berlin: ab Mitte der siebziger Jahre, Reinhard Schult*
- *Frauen für den Frieden: ab 1982 in verschiedenen Städten der DDR; Bärbel Bohley, Irene Kukutz, Bettina Rathenow, Ulrike Poppe*
- *Arbeitskreis Christlicher Frauen Hohenthurm bei Halle: ab 1982; Heidi Bohley, Katrin Eigenfeld*
- *Schwule und Lesben in der Friedensbewegung: ab 1983*
- *Kessiner Friedenskreis: gegründet 1980; Dieter Nath, Heiko Lietz, Henning Utpatel*
- *Friedensarbeitskreis Pankow: ab 1981; Ruth und Hans Misselwitz; Freya Klier*
- *Berliner Arbeitskreis "Anstiftung zum Frieden": ab 1982; Reinhard Schult, Kerstin Bremer, Hans Schreiber*
- *Arbeitskreis Erziehung zum Frieden der Evangelischen Studentengemeinde Rostock: ab 1979; Christoph Kleemann*
- *Aktionskreis Halle: ab 1982; Joachim Garstecki*
- *Wolfspelz/Initiative 13. Februar Dresden: ab 1985; Anette Ebischbach-Kalex ("Johanna"), Roman Kalex*
- *Konkret für den Frieden/Frieden konkret: ab 1982/83; Hans-Jochen Tschiche*
- *Jenaer Friedensgemeinschaft: ab 1982; Roland Jahn*
- *Ökumenischer Friedenskreis Dresden-Johannstadt: ab Anfang der achtziger Jahre; Johannes Pohl und Peter Eisenfeld*
- *Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde Karl-Marx-Stadt: ab 1984; Hans-Jochen Vogel*
- *Initiative für Blockfreiheit in Europa: 1985; Stephan Bickhardt, Martin Böttger, Bärbel Bohley, Rainer Eppelmann, Hans-Jürgen Fischbeck, Gerd Poppe, Ralf Hirsch, Ludwig Mehlhorn*
- *Friedensarbeitskreis der Evangelischen Studentengemeinde Naumburg: Edelbert Richter, Christan Dietrich und Michael Kleim*
- *Arbeitskreis Ökologie der Domgemeinde Magdeburg: ab 1983; Johannes Drenger, Kurt Matthey*
- *"Hoffnung Nicaragua" Leipzig: gegründet 1981; Hans Joachim Döring*
- *Arbeitsgruppe Menschenrechte und Gesellschaft in Berlin: ab 1985; Ralf Hirsch*
- *Arbeitsgruppe Arbeit und Bildung Berlin: ab 1985; Wolfgang Templin*
- *Kontaktgruppe zur Charta 77: ab 1985; Gerd Poppe, Stephan Bickhardt und Martin Böttger*
- *Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM): gegründet 6. März 1985, Herausgabe der Zeitschrift "Grenzfall"; Martin Böttger, Peter Grimm, Ulrike und Gerd Poppe, Reinhard Weißhuhn, Marianne Birthler, Angelika Barbe*
- *Arbeitskreis Homosexuelle Liebe (AKHL) Jena: gegründet am 24. Mai 1984; Alf Heinike*
- *Basisgruppe des Konziliaren Prozesses Weimar: Ende 1985 entstanden; Hildigund Falcke, Joachim Neubert, Christa-Maria Schaller*
- *Stadtökumenekreis Dresden: Mitte der achtiger Jahre entstanden; Christof Ziemer*
- *Arbeitskreis/Netzwerk Solidarische Kirche (AKSK): entstanden 1984; Dorothea Höck, Martin König, Christian Sachse, Ulrich Stockmann, Lothar Tautz, Joachim Goertz, Dorothea Queen in Verbindung mit Edelbert Richter*
- *Ärzte für den Frieden: Gruppen in Berlin, Erfurt, Halle; Peter Bickhardt, Jutta und Eberhard Seidel, Sebastian Pflugbeil, Sonja Schröder, Christian Nattermann, Michael Bohley*
- *Ökumenischer Friedenskreis (ÖFK) der Region Forst: entstanden 1986, Herausgeber des "aufbruchs"; Michael Moogh, Bodo Grützner, Guido Bache, Maria und Günther Nooke*
- *Arbeitskreis Gottesdienste für Gerechtigkeit und Frieden Berlin-Treptow: ab 1987; Werner Hilse*

- *Umweltbibliothek Berlin (UB): am 2. September 1986 in der Zionskirchengemeinde eröffnet, Herausgabe der "Umweltblätter"; Wolfgang Rüdtenklau, Carlo Jordan, Silke Schuster, Bert Schlegel, Christian Halbrock*
- *Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht der DDR Berlin: gegründet am 27. September 1987; Günther Jeschonnek*
- *Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung: entstanden 1987; Stephan Bickhardt, Almuth Berger, Hans-Jürgen Fischbeck, Ludwig Drees, Edelbert Richter, Ludwig Mehlhorn*
- *Gesprächskreis Hoffnung für Ausreisewillige an der Nikolaikirche Leipzig: ab 1986; Christian Führer*
- *Arbeitskreis Gerechtigkeit Leipzig (mit der Untergruppe Arbeitskreis Ausreise): Christian Führer*
- *Kirchentag von unten: in Vorbereitung des Berliner Kirchentages 1987 entstanden*
- *Kirche von unten: gegründet im September 1987 als Fortsetzung des Kirchentages von unten; Vera Wollenberger, Reinhard Schult, Silke Ahrens, Katharina Harich, Uwe Kulisch, Herbert Mißlitz*
- *Ökologische Arbeitsgruppe Halle: ab 1988; Wolfgang Kupke, Wolfgang Schuster, Frank Eigenfeld*
- *Arbeitsgemeinschaft Kohleabbaugebiete der Berlin-Brandenburgischen Kirche: Karl-Heinz Krüger*
- *Ökologischer Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke: "Eine Mark für Espenhain"*
- *Grün-ökologisches Netzwerk "arche" in der Evangelischen Kirche: gegründet 1987/88; Carlo Jordan, Christane Schult, Hans-Peter Schneider*

Bis November traten die Sozialdemokratische Partei (SDP), Demokratie jetzt, Neues Forum (NF), Demokratischer Aufbruch (DA), Vereinigte Linke und die Grünen in Erscheinung. Den größten Zulauf hatte das Neue Forum. Dieser Formierungsprozeß eines demokratischen Gestaltungswillens verlief parallel zu einer immer stärkeren Demonstrationbewegung der DDR-Bevölkerung. Ausgangspunkt waren fast überall die Friedensgebete und Mahnwachen in den evangelischen Kirchen, in denen Oppositionelle, aber auch Ausreise-Antragsteller eine entscheidende Rolle spielten. Es begann mit der Demonstration am 8. Oktober 1989. Dann folgten die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche. Die Ostberliner Demonstration am 4. November mit rund einer halben Million Teilnehmern machte den Prozeß des Machtverfalls der SED-Herrscher unumkehrbar.

Die Kirchen haben in diesem Endstadium der SED-Diktatur der Opposition, die sich immer mehr politisch emanzipiert hatte, noch einen vorletzten Dienst geleistet. Bei den Friedensandachten und Mahnwachen wurde den Menschen, die sich nun zu Tausenden anschlossen, das "Keine Gewalt!" so nahegebracht, daß tatsächlich so etwas wie eine "friedliche Revolution" möglich wurde. Daß im Herbst 1989 kein Blut auf den Straßen der DDR geflossen ist, wird niemand bedauern. Trotzdem wird aber in einer historischen Perspektive darüber nachzudenken sein, ob das kirchlich inspirierte "Keine Gewalt!" nicht auch dazu beigetragen hat, daß die alten SED-Eliten den Sturz ihrer Herrschaft verhältnismäßig unbeschädigt überstanden, weil eine eigentliche Revolution dadurch verhindert wurde. Die SED-Funktionäre, Stasi-Mitarbeiter und Vertreter der DDR-Machteliten mußten sich gleichsam nur kurz wegducken, waren am "Runden Tisch" mit seinen chaotischen Strukturen schon wieder recht präsent und arbeiteten bald wieder sehr energisch an ihrer politischen Renaissance. Hier rächte es sich bitter, daß sowohl in den Kirchen wie auch in weiten Teilen der Opposition niemals wirklich geklärt worden war, welche Perspektiven dem Sozialismus einzuräumen wären. Das von der SED-Führung aufgestellte Tabu, über die theoretischen Grundlagen des Sozialismus, insbesondere sein

Menschenbild, offen zu diskutieren, wirkte weiter. So war eine grundsätzliche Sozialismuskritik sowohl in den evangelischen Kirchen als auch in der Opposition nur ganz am Rande geübt worden. Man wollte, übrigens auch in weiten Kreisen des westdeutschen Linksprotestantismus, den Sozialismus eher "verbessern" als abschaffen und dachte vor dem Hintergrund einer diffusen Kapitalismuskritik lieber unentwegt über Konzeptionen eines "Dritten Weges" nach.

*Der katholische Berliner Bischof Georg Sterzinsky am 26. Mai 1990: "Wir haben immer nein zum Sozialismus und nein zur 'Kirche im Sozialismus' gesagt und wir haben nein gesagt zu Bemühungen um eine Verbesserung des Sozialismus. Wir wollten den Sozialismus abschaffen."*

Das Entsetzen über die Machenschaften und Verbrechen des MfS verdrängte breitflächig die eigentlich notwendige grundsätzliche Auseinandersetzung über den Charakter der SED-Diktatur, ihre Opfer und ihre Folgen. Wäre die Stasi-Debatte nicht von selber ins Laufen gekommen, hätten die Altkader sie erfinden müssen! Diese lähmte die politisch notwendige Grundsatzdiskussion, verschleierte die Verantwortung der SED-Führung und machte es möglich, daß sehr erfolgreich erhebliche Anteile der Folgekosten der SED-Diktatur schlicht "umgebucht" werden konnten. Diese wurden schon bald nicht mehr ihren Verursachern angelastet, sondern dem freiheitlich-demokratischen Staat des wiedervereinigten Deutschland. Die Nachfolgepartei der SED konnte sich, unterstützt durch eine Rechtsprechung, die man zumindest als arglos bezeichnen muß, erfolgreich parlamentarisch etablieren. Inzwischen ist der freigewählte Deutsche Bundestag bereits zweimal von einem PDS-Alterspräsidenten eröffnet worden. Die PDS hat Fraktionsstärke gewonnen. und fast alle tun so, als ob das ein normaler demokratischer Vorgang wäre. Das ist er nicht, sondern diese Entwicklung zeigt nur, daß es weder eine "friedliche" noch eine "protestantische Revolution" gegeben hat, die diesen Namen im eigentlichen Sinne des Wortes verdient hätte. Die SED-Machthaber dankten in einer Phase größter Schwäche ab, ohne damit den Anspruch aufzugeben, ihre totalitären Zielvorstellungen unter günstigeren Bedingungen doch noch durchzusetzen.

Kirche und Opposition haben in der DDR erreicht, daß die SED-Diktatur ohne Blutvergießen gestürzt wurde. Auf dem Wege bis zu diesem Ziel haben sie eine Koalition von historischem Rang zustande gebracht und trotz aller Spannungen durchgehalten. In der Stunde des Sieges aber, als diese Koalition am Ziele war, zeigte sich jedoch, wie viele Grundsatzfragen nicht hinreichend beantwortet worden waren. Schon die deutsche Wiedervereinigung gehörte nicht mehr zum allgemein akzeptierten Ziel. Nur zu viele Oppositionelle hätten gerne – auf Kosten der Bundesrepublik Deutschland – das Experiment einer DDR gewagt, die demokratisch und sozialistisch zugleich hätte sein sollen. Das läßt sich alles historisch verstehen und mindert die Leistungen der Kirchen und der Opposition in der DDR keineswegs. Es zeigt doch aber auch an, daß hier weiterer Klärungsbedarf besteht. Es geht nicht nur um die Haltung gegenüber dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, sondern vor allem auch darum, welche grundsätzlichen Perspektiven dem Sozialismus noch immer eingeräumt werden. Wer der SED heute noch ein anfänglich "humanistisches Ideal" zubilligt, einem "Schlußstrich" das Wort redet, die Gauck-Behörde so rasch wie möglich schließen möchte und eine Amnestie für SED-Unrecht zum möglichst baldigen Zeitpunkt fordert, setzt den Sieg, den die Opposition in der DDR, die ohne die Kirchen dort nicht zu denken ist, im Herbst 1989 errungen hat, erneut aufs Spiel!



# Stasi-Methoden in den achtziger Jahren bei der Bekämpfung widerständiger Erscheinungen

*Bernd Eisenfeld*

## Politische Rahmenbedingungen

Die Methoden des Staatssicherheitsdienstes bei der Bekämpfung widerständiger Erscheinungen könnten mißverständlich erscheinen, wenn man sie nicht in ihre politischen Rahmenbedingungen einbettet. Zu diesen Bedingungen gehören im wesentlichen die Legitimationsbasis und die ideologischen Prämissen des Regimes, das Verhältnis des MfS zur SED sowie innere und äußere entwicklungsbedingte Einflüsse. Darauf soll hier kurz eingegangen werden.

Das SED-Regime wurde zu keinem Zeitpunkt vom Mehrheitswillen der Bevölkerung getragen. Dadurch war es substantiell latent gefährdet. Die Machtsicherung hatte demzufolge höchste Priorität. Jeder Keim von Opposition konnte in eine größere Bewegung münden und zur Machtfrage werden. Der Blick hinter die Kulissen sowie eine flächendeckende Überwachung der Bevölkerung bildeten die logische Konsequenz dieser Konstellation. Das MfS schöpfte daraus seine überragende Stellung. "Dem Feind nirgendwo eine Chance zu geben [...], alles zu wissen, richtig zu werten und einzuordnen, die Lage ständig konkret zu kennen und richtig einzuschätzen";<sup>1</sup> diese 1982 von Stasi-Chef Mielke den Kreisdienststellen vorgegebene Aufgabe verdeutlicht die Komplexität des Auftrages. Das MfS hatte also nicht nur zu reagieren, sondern vor allem auch vorbeugend zu wirken, und das in zweierlei Richtung. Die eine zielte auf das frühzeitige Aufspüren sogenannter negativ-feindlicher Kräfte, die andere auf die personalpolitische Absicherung des Machtapparates mit all seinen Verästelungen.

Wie wir wissen, war das MfS nicht Staat im Staate, sondern Schild und Schwert der Partei. Um diese Funktion erfüllen zu können, räumte die SED dem MfS nahezu unbeschränkte Möglichkeiten ein. Doch fanden auch diese Möglichkeiten ihre Grenzen im Führungsanspruch der SED. Das MfS war gegenüber der SED nicht nur informations- und rechenschaftspflichtig, es hatte seine Mittel und Methoden auch den taktischen und strategischen Linien der Innen- und Außenpolitik der SED unterzuordnen.

Die Strafpolitik, so hieß es 1978, habe sich "der Strategie und Taktik der Partei- und Staatsführung in der Klassenauseinandersetzung" anzupassen.<sup>2</sup> Zehn Jahre später wurde immer wieder auf das Primat der Politik verwiesen und herausgestellt, daß das sozialistische Recht "stets der Politik der Partei untergeordnet [sei ...] und keine Maßnahme [...] die Linie der Partei beeinträchtigen oder stören"<sup>3</sup> dürfe.

---

<sup>1</sup> Referat Mielke auf der Zentralen Dienstkonferenz zu ausgewählten Fragen der pol.-op. Arbeit der KD am 11.10.1982; BStU, ZA, Dst 102884, Bl. 89.

<sup>2</sup> Ziele der weiteren wirkungsvollen Vorbereitung, Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Anzeichen und Erscheinungsformen PUT und die Hauptwege ihrer Realisierung aus dem Jahre 1978; BStU, ZA, JHS 21877, Bl. 1-205; hier Bl. 193 f..

<sup>3</sup> Forschungsarbeit zu Grundfragen der Bekämpfung feindlich negativer Personenzusammenschlüsse; BStU, ZA, HA XX/9 – 870, Bl. 16.

Nach dem ideologischen Selbstverständnis der SED konnte und durfte es in der DDR keinen Nährboden für eine Opposition geben. Gestützt auf die beanspruchte Interessenidentität zwischen Volk und der Staatspartei SED,<sup>4</sup> bedeutete jede Form widerständigen Verhaltens per se einen Angriff auf die Interessen des Volkes. Trat Opposition auf, so wurde sie äußeren Einflüssen angelastet. Es lag nahe, daß dazu westdeutsche Einrichtungen, Parteien und Organisationen oder Einzelpersonen herhalten mußten. Ein wesentliches Ziel bei der Bekämpfung widerständigen Verhaltens in der DDR durch das MfS bestand demzufolge darin, solche Spuren ausfindig zu machen. Diesen Nachweis hielt das MfS für besonders geeignet, den Kritikern des SED-Regimes ihre "Glaubwürdigkeit" zu nehmen und sie entsprechend zu kriminalisieren.<sup>5</sup>

## Trend in den achtziger Jahren

Diese Rahmenbedingungen trafen auch auf die achtziger Jahre zu. Sie stießen auf innen- und außenpolitische Entwicklungen, die zwar keine grundsätzlich neuen Methoden des MfS im Umgang mit widerständigem Verhalten erkennbar machen, die aber eine Tendenz verstärkten, wie sie sich seit Mitte der siebziger Jahre abzeichnete: Gemeint ist der schleichende Übergang von der offenen zur lautlosen Repression und Konfliktlösung. Dies geschah vor dem Hintergrund des Bestrebens der SED-Führung, die DDR endgültig als völkerrechtlich vollwertiges Staatsgebilde in der Völkergemeinschaft zu verankern. Diesem Bestreben standen die permanente Verletzung eingegangener völkerrechtlicher Verpflichtungen bezüglich politischer Grundrechte sowie die noch nicht gelöste Deutsche Frage im Wege. Statt die Ursachen der Illegitimität zu beseitigen, konzentrierten sich die Machthaber zunehmend auf die Verschleierung ihrer Folgen.

Beim MfS drückte sich das in der Methode der "Zersetzung" aus. "Zersetzen" hieß mit nichtstrafrechtlichen Mitteln derart auf politische Gegner (Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen) einzuwirken, daß deren Einstellungen und Überzeugungen allmählich verändert oder erschüttert, ihr Einfluß auf andere Bürger behindert und ihr Wille zur Aktion gelähmt und schließlich ausgeschaltet wird. Geplant, organisiert und gesteuert von hauptamtlichen Mitarbeitern, die sich ihres Hauptwerkzeuges, nämlich ihrer Spitzel bedienten, gehörten ausdrücklich "Intrigen, Hinterlist, Falschheit und Verlogenheit" zum "Arsenal" dieser Methode. Sie sollte vornehmlich solche oppositionellen Kräfte zersplittern, desorganisieren, isolieren und kriminalisieren, die nach Geist und Buchstaben des politischen Strafrechts der DDR zwar jederzeit hinter Schloß und Riegel hätten gebracht werden können, die davon zeitweise oder endgültig jedoch "verschont" blieben, weil möglichst "Märtyrer-Effekte", insbesondere aber die Diskreditierung des öffentlichen Ansehens der SED-Führung, eingeschränkt bzw. vermieden werden sollten. So hielt ein MfS-Papier zur Bekämpfung Oppositioneller bereits 1978 fest: "Um der Behauptung des Gegners die Spitze zu nehmen, daß wir ideologische Meinungsverschiedenheiten oder Andersdenkende mit Mitteln des

---

<sup>4</sup> "In sozialistischen Staaten existiert für eine O. keine objektive politische oder soziale Grundlage, denn die Arbeiterklasse – im Bündnis mit den anderen Werktätigen – ist die machtausübende Klasse und zugleich Hauptproduktivkraft der Gesellschaft." Kleines Politisches Wörterbuch, Ostberlin 1967, S. 471.

<sup>5</sup> Vgl. Diskussionsbeitrag der HA XX des MfS anlässlich der Verteidigung von Forschungsergebnissen zum Thema: Die Qualifizierung der pol.-op. Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten politischen Untergrundtätigkeit vom 21.4.1979; JHS 162, Bl. 275.

sogenannten politischen Strafrechts bekämpfen, sind dazu noch wirksamere Maßnahmen zur Kriminalisierung dieser Handlungen sowie nicht-strafrechtliche Mittel anzuwenden.“<sup>6</sup> Und in der Tat gingen Ermittlungsverfahren des MfS gegen Regimegegner wegen sogenannter staatsfeindlicher Hetze systematisch zurück. Lag ihre Zahl zwischen 1971 und 1979 noch bei jährlich durchschnittlich rund 100 Fällen, so waren es zwischen 1980 und 1988 nur noch durchschnittlich 20; davon in den letzten Jahren der DDR jährlich nur noch drei.

Auf strafrechtliche und strafprozessuale Maßnahmen gegen Oppositionelle griff das MfS in den achtziger Jahren zumeist dann zurück, wenn andere Disziplinierungsmaßnahmen – trotz des Einschaltens staatlicher, gesellschaftlicher oder auch kirchlicher Kräfte – absolut erfolglos blieben und man erwarten konnte, daß derartige Verhaftungen unter der Oberfläche gehalten werden konnten. Das geschah beispielsweise mit Lothar Rochau, der als Jugenddiakon im Rahmen der offenen Jugendarbeit 1981 und 1982 eine Reihe öffentlicher Demonstrationen organisierte und weder vom MfS noch von der Kirche diszipliniert werden konnte. Als er daraufhin 1983 aus dem kirchlichen Dienst entlassen wurde, war er sozusagen vogelfrei geworden. Die Stasi nutzte die Chance und drehte Rochau den Strick, als ihm Verbindungen zu einer Gruppe nachgewiesen werden konnten, die Informationen zu Ausreiseantragstellern sammelten. Im Rahmen der Hausdurchsuchung gefundene systemkritische Texte führten zu einer Erweiterung der Anklage und im September 1983 zu einer Verurteilung von drei Jahren.

### **Offene Repression, wenn es gefährlich wurde – die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“**

Lothar Rochau wurde in einer Zeit verhaftet, als sich der SED-Staat ohnehin gezwungen sah, einer Bewegung beizukommen, die ihn 1981/82 in arge Bedrängnis brachte. Es handelte sich um die unabhängige Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“, den das MfS als „ersten massiven Versuch öffentlicher Provokationen“ charakterisierte. In solchen Situationen, die schnell in eine Oppositions- bzw. Widerstandsbewegung größeren Ausmaßes umschlagen konnte, sah das SED-Regime offensichtlich keinerlei Spielräume mehr, auf innen- und außenpolitische Wirkungen Rücksicht zu nehmen.

Hier erscheint es sinnvoll, auf die Komplexität dieses Vorganges einzugehen. Zu Beginn der achtziger Jahre mußten sich die DDR-Bürger friedenspolitisch im höchsten Maße provoziert fühlen. Einerseits solidarisierte sich der SED-Staat mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan, mit der Unterdrückung von Solidarnosc in Polen und mit der westlichen Friedensbewegung, andererseits wurden die DDR-Bürger in Form des praktizierten obligatorischen Wehrunterrichtes und des im Frühjahr 1982 novellierten und von der Volkskammer verabschiedeten neuen Wehrpflichtgesetzes (u.a. Verlängerung des Reservistendienstes und Möglichkeit, Frauen in die Wehrpflicht einzubeziehen) mit einem weiteren Militarierungsschub konfrontiert. Es war in erster Linie dieser unerträgliche friedenspolitische Widerspruch, der Anfang der achtziger Jahre junge Leute mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ auf die Straße trieb. Der Aufnäher, erstmals im November 1981 zur zweiten Friedensdekade der Evangelischen Kirche in Umlauf gebracht, bot die Chance, dem allgemeinen Unmut auch außerhalb der Kirche öffentlich Ausdruck zu verleihen.

---

<sup>6</sup> Entwurf der Sektion politisch-operative Spezialdisziplin (ohne Datum); BStU, ZA, JHS 21876, Bl. 14.

Vermischt mit den Bluesmessen des damaligen Jugendpfarrers Rainer Eppelmann, die 1981 mehrere tausend Jugendliche in ihren Bann zogen, und einer von der Evangelischen Studentengemeinde in Dresden gestarteten Gesetzesinitiative zur Einführung eines Sozialen Friedensdienstes als Alternative zum Bausoldaten- bzw. Wehrdienst, dem sich ebenfalls Tausende anschlossen, zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt in der DDR eine staatlich unabhängige Friedensbewegung ab. Politisch aufgeladen wurde die Bewegung durch den von Robert Havemann und Rainer Eppelmann verfaßten Aufruf "Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen" vom Januar 1982, der Forderungen nach einer Entmilitarisierung der DDR-Gesellschaft mit Vorschlägen für ein atomwaffenfreies Europa und einem Friedensvertrag zwischen beiden deutschen Staaten verband. Gleichzeitig signalisierte er eine Koalition, die der SED und dem MfS besonders gefährlich erschien: Die Zusammenführung von systemkritischen Christen mit Gleich- oder Ähnlichgesinnten außerhalb der Kirchen. Schließlich drohte im Februar 1982 in Dresden ein demonstrativer Höhepunkt. Der spontane Aufruf einer "Initiativgruppe 13. Februar", eine öffentliche Kerzendemonstration an der Dresdner Kreuzkirche durchzuführen, setzte tausende von überwiegend jungen Leuten aus der ganzen DDR unter dem Symbol "Schwerter zu Pflugscharen" in Bewegung.

Es war vor allem diese befürchtete Demonstration, die den SED-Staat zum Gegenschlag veranlaßte. Die Staatssicherheit, die durch Spitzelberichte von dem Aufruf Kenntnis erlangte, alarmierte die SED-Bezirksleitung und die staatlichen Vertreter der Abteilungen Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes. Gemeinsames Ziel war es, die Repräsentanten der Sächsischen Landeskirche zu bewegen, die Demonstration zu verhindern. Inzwischen sorgte die Polizei dafür, entsprechend auffällige Jugendliche bei ihrer Anreise nach Dresden zu stoppen. Auf diese Weise gelang es einerseits, den Strom nach Dresden auszudünnen, andererseits etwa 5.000 "Durchgekommene" zu kanalisieren und unter dem Dach der Kreuzkirche in ein "Friedensforum" einzubinden. Einen Monat später wurde den Kirchenvertretern vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, klargemacht, daß die Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" wegen Mißbrauchs bzw. wegen Mißachtung der Gesetze nicht mehr öffentlich getragen werden dürfen und bei Nichtbeachtung von den Trägern Konsequenzen hingenommen werden müssen. Die kirchlichen Vertreter sahen sich veranlaßt, gegenüber den Betroffenen ihre Ohnmacht zu erklären.

Nicht anders erging es der Initiative "Sozialer Friedensdienst", nachdem sich im November 1981 das ZK der SED mit dieser Sache beschäftigte und ihr ein "friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlicher" Charakter unterstellt wurde. Über diese Initiative war das MfS durch Spitzeldienste von Anfang an im Bilde und übte gegenüber kirchenleitenden Repräsentanten entsprechenden Druck aus. Das geschah sowohl direkt als auch durch die Einschaltung von SED- und Staatsfunktionären. Die Weitergabe dieses Druckes seitens kirchlicher Repräsentanten an die Initiatoren dieser Aktion verhinderte sowohl den Aufbau einer entsprechenden überregionalen Struktur als auch die Fortsetzung der bereits DDR-weit eingeleiteten Unterschriftensammlung. Ins gleiche Fahrwasser geriet der Berliner Appell. Durch die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens des MfS gegen Rainer Eppelmann signalisierte der SED-Staat die Tolerierungsgrenze gegenüber kirchlichen Amtsträgern. Typisch war, daß die staatlichen Vertreter und das MfS die Ursache dieser widerständigen Erscheinungen als den Versuch einflußreicher bundesdeutscher Kräfte darstellten, die Friedensoffensive der sozialistischen Staaten zu diskreditieren und die westliche Friedensbewegung zu spalten.

Der Umgang mit der unabhängigen Friedensbewegung "Schwerter zu Pflugscharen" belegt das Zusammenspiel der Methoden des MfS mit anderen Trägern staatlicher Repression: Während die SED zum ideologischen Kreuzzug blies (im April 1982 forderte Honecker alle

1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen auf, "mit kirchlichen Kreisen auf allen Ebenen" die Friedensdoktrin der SED zu klären und "den Einfluß destruktiver Positionen [...] zielstrebig zurückzudrängen"<sup>7</sup>) und die Polizei Jagd auf die Träger des Symbols "Schwerter zu Pflugscharen" veranstaltete, lieferte das MfS das dazugehörige Hintergrundmaterial. Die aus den geheimen Quellen geschöpften Informationen sollten sowohl den Partei- und Staatsorganen als auch den kirchenleitenden Mitarbeitern klarmachen, daß es die "Inspiratoren dieser destruktiven Erscheinungen" darauf anlegten, das zwischen 1978 und 1980 aufgebaute "gute Verhältnis der Evangelischen Kirche zum Staat" zu zerstören und die Kirche als "trojanisches Pferd" zu instrumentalisieren.

## Zersetzung durch Differenzierung

In diesem Zusammenhang spielte eine weitere Methode zur Unterdrückung widerständiger Verhaltensweisen eine zunehmende Rolle. Das war das Prinzip der sog. Differenzierung. Es verlangte eine weitestgehende differenzierte Bewertung von Gruppierungen und Bürgern – auch unter einflußreichen kirchliche Repräsentanten – in ihrer Stellung zum SED-Staat und zielte vornehmlich auf die Isolierung systemkritischer Kräfte.

Zersetzungspläne des MfS, die im Sommer 1987 gegen einflußreiche oppositionelle Gruppierungen und Personen gerichtet wurden, liefern dafür ein exemplarisches Beispiel. Unter ausdrücklichem Verzicht "auf strafrechtliche Verfolgung" sah das Strategiepapier der HA XX des MfS gegen einzelne Exponenten der Opposition folgende Maßnahmen vor:

Wolfgang Templin: "Zielstrebige glaubhafte Verbreitung von Indizien für eine Zusammenarbeit mit dem MfS, wofür die bekannte Unzuverlässigkeit, der sporadische Arbeitsstil und die relativ häufige Wirkungslosigkeit der Aktionen des T. und seine unklaren Einkünfte (ohne Arbeitsverhältnis) günstige Anhaltspunkte bieten."

Gerd Poppe: "Unterstützung vorhandener Resignationserscheinungen mit dem Ziel der Motivierung für eine Übersiedlung in die BRD."

Bärbel Bohley: "Inspirierung und Genehmigung eines längerfristigen Aufenthaltes im NSW [Nicht sozialistischen Währungsgebiet], evtl. verbunden mit künstlerischen Aufträgen, die sie arbeitsmäßig binden."

Rainer Eppelmann/Ralph Hirsch: "Forcierung der angebahnten Kontakte zu CDU-Kreisen und evtl. Ausdehnung auf noch rechter stehende politische Kräfte in der BRD mit dem Ziel einer perspektivischen Abspaltung von der 'links' orientierten Mehrheit der puT-Kräfte [Kräfte des sog. politischen Untergrundes]."

Stephan Krawczik/Freya Klier: "Unterbreitung von offiziellen Arbeitsangeboten mit Möglichkeiten der Einflußnahme auf den Inhalt und Rahmen ihrer 'künstlerischen' Tätigkeit."

Herausgeber "Grenzfall": "Organisierung von 'Pannen' in der inhaltlichen Gestaltung, Herstellung und Verteilung des 'Grenzfall', die ihre Unfähigkeit hinsichtlich einer journalistischen wie auch konspirativen Arbeit ausdrücklich beweisen."

Darüber hinaus sollte auch eine "breite ablehnende Front unter kirchlichen Amtsträgern, Synodalen, Gemeindegemeinderäten und Gläubigen gegen die Bewegung 'Kirche von unten' bei weiterer Verstärkung anarchistischer und chaotischer Tendenzen" geschaffen werden.

---

<sup>7</sup> Fernschreiben von Honecker an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 16.4.1982; SAPMO DY 30/IV B2/14/57, S. 1-6, hier S. 5.

Die in einer Nacht- und Nebel-Aktion im November 1987 durch das MfS besetzte Ostberliner Umwelt-Bibliothek und die Ereignisse im Zusammenhang mit der im Januar 1988 durchgeführten traditionellen staatsoffiziellen Rosa-Luxemburg-Demonstration ließen freilich erkennen, daß die Machthaber von der Anwendung strafrechtlicher Mittel gegen derart ins Visier genommene Oppositionelle nicht zurückschreckten, wenn ihr Verhalten einen hohen öffentlichen Wirkungsgrad erreichte. Im Falle der Umweltbibliothek war dieser Zustand durch die Zeitschrift "Grenzfall", die in den Räumen der Bibliothek gedruckt wurde und eine DDR-weite Verbreitung fand, erreicht. Erfolgte Inhaftierungen mußten allerdings sowohl wegen der unzureichenden offiziellen Beweislage als auch infolge einer DDR-weit ausgedehnten Solidaritätsbewegung (in vielen Kirchen wurden Mahnwachen abgehalten) rückgängig gemacht werden.

Es dürfte nicht zuletzt dieser Fehlschlag gewesen sein, der die Machthaber im Januar zu einem massiven Gegenschlag veranlaßte, zumal sie sich öffentlich durch die plakativ vorgehaltenen Worte von Rosa Luxemburg "Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" besonders getroffen und herausgefordert fühlen mußten. Gut vorbereitet durch das MfS kam es zu 150 Festnahmen, worunter sich eine Reihe namhafter Bürgerrechtler befand. Um möglichst Märtyrereffekte und größere Protestbekundungen zu vermeiden, wurde der Weg des Abschiebens in den Westen gewählt. Durch die Androhung hoher Haftstrafen sowie die manipulierten Eingriffe etwa durch den IM-Anwalt Schnur ging diese Rechnung im wesentlichen auch auf. Sie hinterließ sogar unter verbliebenen prominenten Oppositionellen selbstzerfleischende Diskussionen über Pro und Contra von Bleiben und Weggehen. Dem MfS kam das insofern entgegen, als dadurch auch der gewünschte Differenzierungsprozeß im Sinne von "Teile und herrsche!" forciert wurde.

## **Samthandschuhe als taktisches Manöver**

Nur wenige Monate vor dem Generalangriff auf die Opposition, im September 1987, sah die Welt der DDR im Umgang mit widerständigen Erscheinungen ganz anders aus. Da durften erstmals in der DDR im Rahmen des sogenannten Olof-Palme-Friedensmarsches Andersdenkende öffentlich und weitestgehend ungestört – auch mit selbstgefertigten systemkritischen Plakattexten – legal demonstrieren. Gleichzeitig wurden politische Gerichtsverfahren vorübergehend auf Eis gelegt und sogar der Schießbefehl an der deutsch-deutschen Grenze ausgesetzt. Dahinter standen freilich keine humanen Anwendlungen der DDR, sondern ein glasklares taktisches Manöver. Das SED-Regime feierte den ersten offiziellen Auftritt Honeckers in der Bundesrepublik. Ihn sollte kein Wässerchen trüben, und so wurden für diese Zeit dem Repressionsapparat des SED-Regimes Samthandschuhe angezogen.

Die geheime Arbeit des MfS blieb freilich nicht stehen. Sie folgte weiter dem Prinzip, selbst in den Fällen juristisch verwertbares Material zu sammeln und aufzubereiten, bei denen eine Inhaftierung nicht opportun erschien. Dieses Material hatte nicht nur als Grundlage für anderweitige politisch-operative Maßnahmen gegen Andersdenkende zu dienen, sondern, wie es noch 1989 hieß: als "unerläßliche Voraussetzung dafür, jederzeit darauf vorbereitet zu sein, unter anderen politisch-operativen Lagebedingungen auch kurzfristig Untergrundkräfte zu inhaftieren oder anderweitig isolieren zu können".<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Entwurf der AKG für das Referat des Leiters der BV Berlin zur Dienstkonferenz am 16.3.1989; BStU, Ast Berlin, Karton E 62, S. 82.

## Ohnmacht der Macht

Ich werde nun noch auf ein Phänomen eingehen, an das sich nicht nur die Stasi die Zähne ausbiß: Gemeint ist die Ausreisebewegung, die Mitte der siebziger Jahre als Folge der KSZE-Konferenz einsetzte und in den achtziger Jahren einen Massencharakter annahm.

Für einen Staat, der den einzelnen Menschen – egal unter welcher ideologischen Flagge auch immer – als sein Eigentum verstand und beanspruchte, mußten Antragsteller auf Ausreise in den Westen a priori als potentielle Gegner erscheinen, zumal sie mit diesem Schritt objektiv auf die Seite des offiziellen äußeren Feindes wechselten. Es konnte deshalb nicht wundern, daß die Antragsteller von Anfang an ins Visier der Sicherheitsorgane des SED-Regimes gerieten. Das MfS hatte sich schon 1976 das Ziel gestellt, alle Antragsteller operativ zu bearbeiten.<sup>9</sup> Dieses Ziel mußte man allerdings angesichts des explosiven Zuwachses der Antragsteller in den achtziger Jahren (insgesamt summierte sich ihre Zahl zwischen 1977 und dem 30. Juni 1989 auf rund 450.000) als illusorisch abschreiben. So konzentrierte sich das MfS auf die besonders renitenten Antragsteller. Diese gerieten nicht nur in die dezentralen und zentralen Erfassungsspeicher sowie in operative Bearbeitungsgänge des MfS, sie landeten auch auf den Listen des sogenannten Vorbeugungskomplexes; gedacht für den "Tag X". Der Kategorie "Personen mit negativ-feindlicher Grundhaltung" zugeordnet, sollten sie im Ernstfall in Isolierungslagern außer Gefecht gesetzt werden.<sup>10</sup>

Hielten Antragsteller den ersten Abweisungen und Versuchen der "Rückgewinnung" stand, so folgte eine Kette von Repressionen, die auf abgestimmten Grundlagen und Verfahrensregelungen zwischen der SED-Führung, zentralen staatlichen Organen und dem MfS beruhten. Allein das Beharren auf Ausreise führte bei bestimmten Berufsgruppen zu erheblichen Berufseinschränkungen bis zu Berufsverboten. Eine strafrechtliche Verfolgung war für den Fall vorgesehen, daß sie, wie es hieß, "ihre Ausreise erpressen" oder "die Tätigkeit staatlicher Organe verunglimpfen" und sich damit in das "System der politischen Diskriminierung des Gegners" einreihen wollten sowie Verbindungen zu "Zentren feindlicher Tätigkeit in der BRD und anderen imperialistischen Staaten" aufnahmen.<sup>11</sup> Zwischen 1977 und 1988 leitete allein das MfS rund 12.000 Ermittlungsverfahren gegen derartige Antragsteller ein. Sie führten in der Regel zu Haftstrafen.

Eine im Frühjahr 1984 verabschiedete neue Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten reihte sich offensichtlich in das Ziel ein, sowohl differenzierter als auch wirkungsvoller gegen widerständige Erscheinungen vorgehen zu können, die man strafrechtlich nicht ahnden konnte oder wollte. Sie richtete sich verschärfend vor allem gegen Andersdenkende, die sich zusammenfanden oder beabsichtigten, demonstrativ ihr Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Geldbuße wurde auf 500 und später – als Antragsteller immer häufiger mit Symbolen öffentlich auf sich aufmerksam machten – gar auf 1.000 Mark erhöht. Daß 1987 in Sachen Symbolträger selbst Staatschef Honecker eingeschaltet wurde,<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Aufzeichnungen des MfS-Mitarbeiters der HA XX/9 Friedrich Günter vom 7.10.1976; BStU, ZA, HA XX/9-1472, Aufzeichnungsheft, Bl. 116.

<sup>10</sup> Vgl. Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS; Analysen und Berichte der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) Nr. 1/95, Berlin 1995.

<sup>11</sup> Ebenda, Bl. 24.

<sup>12</sup> Vgl. MfS-Information: Zum Vorgehen gegen Personen, die durch demonstratives Zeigen von weißen Bändern an Kraftfahrzeugen die Übersiedlung zu erzwingen

wirft ein Licht auf die politische Brisanz dieser Vorgänge. Es herrschte große Sorge, durch falsche Entscheidungen auf den unteren Ebenen im Blick auf den Helsinkiprozeß politisches Porzellan zu zerschlagen. Dies bestätigten auch Festlegungen im April 1988, wonach Ermittlungsverfahren gegen Antragsteller "nur mit Zustimmung des Leiters der Hauptabteilung IX" in Berlin eingeleitet werden durften.<sup>13</sup> Dabei spielte – wie auch in anderen Fällen widerständigen Verhaltens – der Grad der Bindungen und Verbindungen des Betroffenen – etwa zur SED-Hierarchie und zu den Kirchen in der DDR oder zu einflußreichen Kräften im Westen – eine wesentliche Rolle. Je bedeutungsloser dieser Status erschien, um so rücksichtsloser ging der Repressionsapparat zu Werke. Botschaftsbesetzer, die nach dem Strafrecht der DDR eine ganze Palette von Straftatbeständen erfüllten, blieben hingegen nicht nur grundsätzlich von Inhaftierungen verschont, sie erreichten ihr Ziel – und das schon Jahre vor dem Sommer 1989 – vergleichsweise schnell. Sie profitierten offensichtlich von der Angst der SED-Machthaber, sich dieser Vorgänge und ihren rechtlichen Konsequenzen öffentlich stellen zu müssen.

In Verbindung mit der zunehmenden Renitenz von Antragstellern stieß das MfS aber auch auf andere Grenzen. So hatte es Vorschläge zu Ausbürgerungen aus sogenannten "politisch-operativen Gründen" zu erarbeiten.<sup>14</sup> Das betraf im wesentlichen auf Antragsteller, die das SED-Regime infolge ihrer Aktivitäten innen- und außenpolitisch diskreditierten oder zu diskreditieren drohten, ohne daß man Möglichkeiten sah, sie noch disziplinieren oder mundtot machen zu können. Zwischen 1985 und 1988 waren das immerhin rund 36 000 Fälle.<sup>15</sup> Diese eigentlich als Ausnahme gedachte Möglichkeit nutzten die Kreisdienststellen des MfS und ihre Partner vor Ort als Chance, sich relativ reibungslos von tatsächlichen und potentiellen Gefahrenherden zu befreien. Fortlaufende Kritik an dieser Praxis bestätigten dieses Verhalten. So klagte beispielsweise 1982 die Zentrale Koordinierungsgruppe des MfS (ZKG),<sup>16</sup> seit 1976 zuständig für die koordinierte Bekämpfung von Flucht und Ausreise, darüber, daß Antragsteller "leichtfertig auf die Liste gesetzt" werden, um schnell "Ruhe" zu erreichen, obwohl man wisse, daß diese Ruhe "trägerisch und nicht von langer Dauer" sei, sie vielmehr und "wenig später in Gestalt von Rückverbindungen der verschiedensten Art zu ständiger Unruhe" auswachsen und das MfS "viel stärker" beschäftigen würde.<sup>17</sup> Ausgereiste, die systemkritisch in die DDR zurückwirkten und als "eine der Ursachen für das Ansteigen der rechtswidrigen Ersuchen" ausgemacht wurden,<sup>18</sup> blieben im übrigen auch an ihrem westlichen Wohnort vom MfS nicht verschont. Ganz davon abgesehen, daß sie in der Regel Einreiseverboten unterlagen, sahen geheime Anweisungen vor, diese Ausgereisten u.a. durch

---

versuchen; paraphiert von Honecker mit "Einverstanden" am 20.8.1988; BStU, ZA, ZAIG 7312, Bl. 1.

<sup>13</sup> Hinweise zur Strafverfolgung im Zusammenhang mit Handlungen zur Erzwingung der Übersiedlung vom 15.4.1988; BStU, ZA, ZKG 105, Bl. 66.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Vgl. Bernd Eisenfeld: Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens; in: Ulrike Poppe u.a. (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR; Berlin, 1995, S. 196 f. und 217.

<sup>16</sup> Vgl. Eisenfeld: Die ZKG.

<sup>17</sup> Arbeitsmaterial der Dienstkonferenz der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) des MfS vom 25.3.1982; BStU, ZA, ZKG 2016, Bl. 202. Vgl. auch Eisenfeld: Ausreisebewegung, S. 192-223.

<sup>18</sup> Arbeitsmaterial vom 25.3.1983; ebenda, Bl. 187.



inszenierte Desinformationen ins Zwielfeld bzw. "in das Blickfeld gegnerischer Abwehrorgane" zu rücken.<sup>19</sup>

Die Hilflosigkeit des SED-Regimes mit Antragstellern wurde spätestens 1984 sichtbar, als die Machthaber glaubten, durch eine kurzzeitige Ausreisewelle und eine sie begleitende und unmittelbar fortwirkende Verhaftungswelle das Phänomen Ausreise in den Griff zu bekommen. Der Traum wurde zum Alptraum. Hatte man es bis 1983 mit jährlich etwa 12.000 neuen Antragstellern zu tun, so danach mit durchschnittlich rund 44.000.<sup>20</sup> Versuche, die damit einhergehende Zunahme öffentlichkeitswirksamer Auftritte von Antragstellern durch Inhaftierungen zu begrenzen, stießen insofern mehr und mehr ins Leere, als immer mehr Antragstellern klar wurde, daß der Weg in den Westen über die Haft oder über Botschaftsbesetzungen zwar risikvoller, aber kürzer war.

Dennoch wußte sich der SED-Staat 1988 nicht anders zu helfen, als auf die kontraproduktive Strategie des Jahres 1984 zurückzugreifen. Die Zahl der Ausreisegenehmigungen, aber auch der Inhaftierungen, erreichte einen neuen Höhepunkt. Damit war der Teufelskreis endgültig geschlossen: Versuchte das Regime dem Ausreisedruck durch vermehrte Ausreisegenehmigungen zu entkommen, so ermutigte das immer mehr Bürger, einen Antrag zu stellen; gleichzeitig wirkten die Ausgereisten motivierend in die DDR zurück. Wurde die restriktive Methode gewählt und nur ein schmales Rinnsal gen Westen freigegeben, so stieg die Ungeduld der Antragsteller und die Zahl ihrer öffentlichkeitswirksamen Aktionen einschließlich der Botschaftsbesetzungen. Diese Erscheinungen sowie die repressiven Reaktionen des SED-Staates konterkarierten wiederum Geist und Buchstaben der von der DDR eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Sie brachten die DDR international in Bedrängnis und standen dem gewachsenen Bedürfnis der SED-Machthaber nach internationaler Anerkennung und westlicher Wirtschaftshilfe im Wege. Der Machtapparat hatte sich in eine unausweichliche Sackgasse manövriert.<sup>21</sup>

1988 resümierte das MfS: "Wir stehen mit der Ausreiseproblematik vor einem grundsätzlichen Problem der Entwicklung der DDR. Die Erfahrungen zeigen, daß die bisher eingeleiteten Maßnahmen (mehr Reisemöglichkeiten, Abschiebung von Personen) nicht die erhofften Erfolge gebracht, sondern in der Tendenz das Gegenteil bewirkt haben." Der einstige Chef der Erfurter Bezirksverwaltung des MfS, Josef Schwarz, räumte in seinen Memoiren ein, daß die "Charakterisierung der Antragsteller als Verräter und Feinde des Sozialismus" zu einfach und die Ursachenforschung zu oberflächlich gewesen seien und "alle Maßnahmen zur Lösung des Problems" letztlich "von Hilflosigkeit geprägt" waren.<sup>22</sup>

## **Offenbarungseid gegenüber der Oppositionsbewegung**

---

<sup>19</sup> Dienstanweisung 2/83 des MfS vom 13.10.1983, ebenda, S. 36. Vgl. auch Bernd Eisenfeld: Gerüchteküche DDR – Die Desinformationspolitik des Ministeriums für Staatssicherheit, in: WERKSTATT Geschichte 15 (1996), S. 41-53.

<sup>20</sup> Vgl. Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe ZKG). Bekämpfung von Flucht und Ausreise; MfS-Handbuch, hrsg. von der Abteilung Bildung und Forschung des BStU, Berlin 1995, Tabelle 3.

<sup>21</sup> Vgl. Eisenfeld: Ausreisebewegung, Kapitel: Offenbarungseid der Hilflosigkeit; ebenda, S. 218 ff.

<sup>22</sup> Josef Schwarz: Bis zum bitteren Ende – 35 Jahre im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit, Schkeuditz 1994.

Was die Oppositionsbewegung betraf, so erschien die Bilanz des MfS bis tief ins Jahr 1987 hinein noch recht positiv. Die eher fundamental ausgerichteten Systemkritiker, die das MfS als "extremistische Vertreter" in der Menschenrechtsfrage bezeichnete, hatte man durch Zersetzungsmaßnahmen mehr denn je in sich selbst zerstritten und an den Rand der kirchlichen Basisbewegungen gebracht. In der Basisbewegung selbst registrierte das MfS Irritationen und entpolitisierende Anzeichen. Friedrich Schorlemmer wird mit den Worten zitiert, "daß die Gruppen in Resignation und Mutlosigkeit verfallen würden und eine zunehmende Konzeptionslosigkeit bestünde". Sorgen bereiteten allerdings neue Gruppierungen, die sich mehr und mehr der Bevormundung kirchenleitender Mitarbeiter entzogen, sowie Untergrundzeitschriften, die man als "einen beachtlichen Faktor der einheitlichen ideologischen und organisatorischen Formierung oppositioneller Kräfte in der DDR" bewertete. Der Versuch, diese Basis – wie im Falle der Ostberliner Umweltbibliothek – zu zerstören, wirkte, wie schon ausgeführt, eher mobilisierend. Er führte zu einer verstärkten Solidarisierung und Politisierung der Gesamtbewegung.

Zwei Jahre später steht auch hier das MfS vor einem Offenbarungseid. Im Juni 1989 mußte Stasi-Chef Mielke feststellen: "Aktionen und Aktivitäten, das gesamte feindlich-negative Vorgehen werden zunehmend langfristig konzeptionell und organisatorisch vorbereitet, zwischen Führungskräften personeller Zusammenschlüsse abgestimmt und zum Teil stabilmäßig durchgeführt. Mit dem regelmäßig stattfindenden zentralen Treffen solcher Gruppierungen und Gruppen, der Herstellung und zumeist auch überregionalen Verbreitung sogenannter Informationsblätter, dem Aufbau relativ stabil funktionierender Kommunikationssysteme (u.a. Kontakttelefon) sind dafür ebenso Grundlagen gelegt wie mit der Existenz auf extrem feindlichen Positionen stehenden entsprechend befähigten Führungskräften. [...] Es bilden sich territoriale, überterritoriale und regionale Koordinierungsstrukturen und- mechanismen heraus."

## **Die Methoden des MfS – nur ein Symptom des Scheiterns der DDR**

Die Frage nach dem Scheitern der DDR verlangt Antworten, die über den speziellen Auftrag des MfS und seiner Methoden hinausreichen. Das SED-Regime erschien nach 1961 solange äußerlich stabil und funktionsfähig, solange es abgeschlossen blieb. Mit der Durchlöcherung der Grenzen und der Ideologie, vor allem infolge des KSZE-Prozesses und der Systemöffnungen in Ungarn, Polen und in der Sowjetunion unter Gorbatschow, begann dieser Schein zunehmend zu erodieren. Trotz bundesdeutscher Finanz- und Wirtschaftsspritzen konnte der allseitige Verfall der DDR nicht aufgehalten werden. Verbunden mit der Reformunwilligkeit der Systemträger nahmen die resignativen Erscheinungen zu und beflügelten eine ständig wachsende Ausreisebewegung, die ihrerseits den wirtschaftlichen und moralischen Verfall der DDR ("Der Letzte macht das Licht aus!") beschleunigte. Mit der Grenzöffnung Ungarn-Österreich geriet die Macht der SED schließlich in eine Phase der Ohnmacht: Sie sah sich einem Vor-Mauer-Zustand ausgesetzt, der jedoch nicht mehr reparabel war. Es bestand keine Chance mehr, die Bürger der DDR – wie auch immer – einzuschließen und von einer Flucht wirkungsvoll abzuhalten. Gleichzeitig war die Flucht- und Ausreisebewegung nicht mehr von der Oppositionsbewegung zu trennen. Der Ruf auf der Straße "Wir wollen raus" verband sich mit dem Ruf "Wir bleiben hier".

Wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der DDR offerierte Egon Krenz seinem Chef, Erich Honecker, drei Lösungsvarianten, darunter auch die, jedem Bürger einen Reisepaß zu garantieren und die besuchsweise bzw. dauerhafte Ausreise zu gestatten. Krenz lehnte diese Variante ab, bewertete sie gleichwohl als die beste, weil sie, wie er schreibt, "auf eine

strategische, also dauerhafte Lösung zielt.“ Er konnte zu diesem Zeitpunkt wohl nicht ahnen, daß sich ihre Realisierung wenige Wochen später tatsächlich als dauerhaft erweisen sollte; freilich in einem ganz anderen Sinne, als er es sich vorstellen konnte: im Untergang der DDR.

# Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

*Rainer Eppelmann*

## Zur Entstehung der Stiftung

Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist ein Ergebnis der Arbeit der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags. Diese Stiftung ist durch Bundesgesetz vom 5. Juni 1998 errichtet worden. Die Idee kam schon in der ersten Enquete-Kommission ("Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland") ins Gespräch, und als die zweite Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" in der vorigen Legislaturperiode an die Arbeit ging, bemühten wir uns von Anfang an um die Verwirklichung dieses Projekts. Wir wurden dabei nicht nur vom Bundeskanzleramt unterstützt, sondern fanden auch beim Bundespräsidenten gerade für dieses Anliegen eine große Aufgeschlossenheit. Beides hat sich in der Vorbereitung und im Laufe des Gesetzgebungs-verfahrens besonders hilfreich ausgewirkt. Der Gesetzentwurf wurde im Januar 1998 fraktionsübergreifend im Bundestag eingebracht und am 2. April 1998 mit den Stimmen der vier damaligen Fraktionen des Bundestages einvernehmlich verabschiedet.

Weshalb brauchen wir diese Stiftung? Im Zwischenbericht der Enquete-Kommission vom 8. Oktober 1997 heißt es hierzu: "Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen, Schäden und Nachwirkungen der SED-Diktatur wird noch für viele Jahre eine herausragende Aufgabe bleiben. Die Geschichte der DDR mit allen ihren Belastungen ist Teil der Geschichte des vereinten Deutschland. Deshalb sind die Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Lebens in der DDR ein gesamtgesellschaftliches, nationales Anliegen. [...] Eine intensive Beschäftigung der Bürger in ganz Deutschland mit ihrer eigenen Geschichte, mit Ursachen, Problemen und Folgen der deutschen Teilung und mit der SED-Diktatur fördert ein erfolgreiches Zusammenwachsen zu einer gemeinsamen demokratischen politischen Kultur. Dabei steht die Erinnerung an den Widerstand gegen die SED-Diktatur und an ihre Opfer im Vordergrund."

Wie notwendig die Stiftung auch unter ganz aktuellen Gesichtspunkten ist, hat Gerd Poppe vor einiger Zeit – es war kurz nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt – im "Stacheldraht" verdeutlicht: "Auch im achten Jahr der deutschen Einheit sind viele Ostdeutsche noch nicht in der Demokratie angekommen. [...] Wenn Demagogen aller Art die verflissenen Diktaturen schönreden oder den autoritären, vormundschaftlichen Staat herbeirufen, so ist das für die Demokraten Grund genug, mit der Aufklärung und Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit unvermindert fortzufahren. Das müssen nun auch diejenigen zur Kenntnis nehmen, die glaubten, nach einigen Jahren der Befassung mit der zweiten deutschen Diktatur könne ein Schlußstrich gezogen und die allgemeine Versöhnung dekretiert werden." Ich stimme diesem Votum Gerd Poppes ausdrücklich zu und verweise zusätzlich auf die gemeinsame Stellungnahme der demokratischen Parteien zum PDS-Sondervotum zum Bericht der Enquete-Kommission "Deutsche Einheit", in der die Tendenz der PDS, "die politischen Opfer zu bagatellisieren und zu relativieren, um auf diese Weise die Unrechtsdimensionen des SED-Systems zu verharmlosen", als "bedrückend" zurückgewiesen wird.

Eines der wichtigsten Ergebnisse beider Enquete-Kommissionen besteht nach meiner Auffassung in der Erkenntnis, daß zu den geistigen Grundlagen einer innerlich gefestigten Demokratie ein von der Gesellschaft getragener antitotalitärer Konsens gehört. "Dies bedeutet", so hat der Bundestag 1994 festgestellt, "die Absage an jedwede Form totalitärer Ideologien, Programme, Parteien und Bewegungen." Dieser antitotalitäre Konsens muß die leitende Idee der Stiftungsarbeit sein und bleiben, gerade in einer Zeit, in der mehr und mehr Menschen beginnen, in der SED-Nachfolgepartei einen "normalen" Mitakteur am politischen Leben im Bund und noch mehr in den Ländern zu sehen. Aus meiner Sicht folgt aus der Verpflichtung auf diesen antitotalitären Konsens zweierlei. Zum einen: Die Stiftung hat die gesetzmäßige Pflicht, diesen Konsens zu fördern und zu festigen. Apologetische oder beschönigende Betrachtungsweisen der SED-Diktatur werden bei ihr keine Unterstützung finden; sie wird ihnen, wo immer sie kann, entgegentreten müssen. Zum zweiten: Der Konsens der Demokraten im Umgang mit der Diktatur und ihrer Hinterlassenschaft hat die Arbeit der Enquete-Kommissionen weitgehend geprägt; er sollte auch die Tätigkeit der Aufarbeitungsstiftung bestimmen. Das schließt den notwendigen Meinungsstreit in den Stiftungsgremien nicht aus, aber er sollte immer geführt werden in dem Ziel, den Grundkonsens auch in der Tagesarbeit sichtbar zu machen und Streitige Fragen auf eine Weise zu entscheiden, mit der alle Seiten leben können. Nur so ist auch für die Mitarbeiter der Stiftung die notwendige Sicherheit der Rahmenbedingungen gegeben.

Um die Stiftungsgremien, den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand, kurz zu erläutern: Die Stiftung hat zwei Gremien, beide haben sich Ende Juni 1998 konstituiert, in beiden sind die Mitglieder ehrenamtlich tätig. Der Stiftungsrat fällt die Entscheidungen in allen Grundsatzangelegenheiten der Stiftungsarbeit; er amtiert für fünf Jahre und besteht aus 13 Mitgliedern mit je einem persönlichen Stellvertreter: vier Vertretern der damaligen Fraktionen des Deutschen Bundestages, vier von den Fraktionen benannten Sachverständigen, vier Regierungsvertretern und einem Vertreter des Landes Berlin; Vorsitzender ist Markus Meckel (MdB). Der Stiftungsrat hat einen Vorstand gewählt, der die laufende Tätigkeit der Stiftung leitet, ihm gehören an Prof. Bernd Faulenbach als stellvertretender Vorsitzender, Gerd Poppe und Uwe-Bernd Lühr sowie Dr. Ehrhart Neubert.

Die Stiftung hat laut Gesetz den Zweck, "Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Entstehung, Geschichte und Folgen der SED-Diktatur zu leisten". Im einzelnen nennt das Stiftungsgesetz die folgenden Aufgaben:

- Förderung der Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände,
- Unterstützung bei der Beratung und Betreuung der Opfer der SED-Diktatur,
- die Förderung der politisch-historischen Aufklärung und der wissenschaftlichen Arbeit über die Diktatur in der SBZ und DDR,
- die Mithilfe bei der Sicherung und Sammlung der Materialien und Dokumente aus Opposition und Widerstand in der DDR,
- die Mitgestaltung des Gedenkens an die Opfer der SED-Diktatur sowie der Erinnerung an die deutsche Teilung und an die friedliche Revolution 1989/90 und
- die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung von Diktaturen, insbesondere im europäischen Rahmen.

## **Stand des Errichtungsverfahrens**

Dementsprechend wird die Stiftung aus fünf Arbeitsbereichen bestehen: Gesellschaftliche Aufarbeitung, Förderung der Opferberatung und Gedenken, Forschungsförderung, internationale Zusammenarbeit und aus dem Bereich Dokumentation/Bibliothek/Archiv. Der Stiftungszweck ist sehr umfassend angelegt, ein weiter und anspruchsvoller Aufgabenrahmen, der ausgefüllt werden muß. Die Gremien sind sich einig, daß die Stiftung ihre Arbeit daher nicht aus dem Stand in vollem Umfang aufnehmen kann, sondern schrittweise auf- und ausbauen muß. Dem entspricht der Stellenaufbauplan von zunächst sechs auf schließlich 18 Mitarbeiter und auch die geplante Entwicklung des Stiftungshaushalts. Der Aufbau beginnt jetzt mit einem starken Akzent auf der Förderung der gesellschaftlichen Aufarbeitung, das heißt von Projekten der vielfältigen Aufarbeitungsvereine und Privatarchive; hierauf konzentriert sich auch das Dringlichkeitsprogramm, aus dem die Stiftung im letzten Quartal 1998 erste Aufarbeitungsmaßnahmen fördert.

Die Stiftungsgremien haben das Verfahren zur Einstellung der ersten hauptamtlichen Mitarbeiter der Stiftung abgeschlossen; zum 1. November 1998 traten der hauptamtliche Geschäftsführer, Wolfgang Kusior, die ersten drei Referenten (Ilko Kowalczuk, Dr. Stefan Wolle und Frau Dr. Annette Kaminsky) und zwei Sachbearbeiterinnen ihre Stellen an, der Vorstand stellte diese Mitarbeiter bei einer Pressekonferenz in dem Gebäude vor, das zunächst die provisorische Unterkunft der Stiftung bildet. Es handelt sich um das Gebäude des Statistischen Bundesamtes am Berliner Alexanderplatz, Otto-Braun-Straße 70–72. Die volle Arbeitsfähigkeit der Stiftung auf dem vorgesehenen Stand ist somit bis Mitte November 1998 hergestellt.

Bei den Stellenbesetzungen haben sich die Stiftungsgremien von der Überlegung leiten lassen, daß die Mitarbeiter der Stiftung über ausgewiesene umfassende Sachkunde im Bereich der historischen DDR-Aufarbeitung verfügen müssen, daß sie möglichst weitreichende Kenntnisse der Institutionen und Personen mitbringen sollten, die auf diesem Arbeitsgebiet tätig sind – womöglich ergänzt durch eine gewisse Verwaltungserfahrung – und daß sie zu ihrem Arbeitsbereich nach Möglichkeit auch durch eigene biographische Erfahrung eine Beziehung haben sollten – was nicht bedeutet, daß künftig jeder Mitarbeiter der Stiftung aus den neuen Ländern oder aus der Bürgerrechtsbewegung kommen muß. Ich glaube, die Stiftung hat mit den vorgenommenen Einstellungen deutlich gemacht, daß uns besonders an einem engen und vertrauensvollen Verhältnis zu den Vereinen, Verbänden und Personen gelegen ist, die aus ihrer bürgerrechtlichen und antitotalitären Tradition heraus die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu ihrem besonderen Anliegen gemacht haben.

Dies wird sich auch bei der Besetzung der geplanten vier Fachbeiräte zeigen, über deren Berufung der Stiftungsrat voraussichtlich Anfang 1999 entscheiden wird.

Nachdem im Aufbau der Stiftung ein erstes Zwischenziel erreicht ist, möchte ich gern auch ein Wort der Anerkennung und des Dankes an das für die Stiftung zuständige Bundesministerium des Innern sagen. Das Ministerium hat in den zurückliegenden vier Monaten die kommissarische Geschäftsführung der Stiftung wahrgenommen – also gerade in der Zeit, in der besonders viele Arbeiten anfielen und wichtige Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen waren. Das Ministerium hat die Stiftung mit großem Einsatz unterstützt; daß der Aufbau in nur vier Monaten gelungen ist und daß die Stiftung jetzt, noch ehe ihre ersten hauptamtlichen Mitarbeiter eingestellt sind, die ersten rund drei Dutzend Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht hat, das ist in hohem Maße seinem Einsatz zu danken. Ich hoffe für die Stiftung, daß die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium sich auch weiterhin und ungeachtet des Regierungswechsels ebenso eng, engagiert und effektiv gestaltet wie in den vergangenen vier Monaten.

## Arbeitsgrundsätze der Stiftung

Ich möchte abschließend einige Arbeitsgrundsätze der Stiftung kurz herausheben, drei Punkte, die mir besonders wichtig erscheinen.

Auf den ersten habe ich schon einleitend hingewiesen: den antitotalitären Konsens als Arbeitsgrundlage. Ich erwähne ihn in diesem Zusammenhang noch einmal, nicht zuletzt deshalb, weil ich mir angesichts des politischen Gewichtes, das die PDS in einigen neuen Bundesländern besitzt, über die Stabilität dieses Konsenses Sorgen mache. Natürlich bedeutet er nicht, daß alle Arbeiten, die die Stiftung fördert, gewissermaßen aus einem Blickwinkel gestaltet sein sollten, im Gegenteil: Die Vielfalt der Perspektiven ist eine unerläßliche Voraussetzung der Stiftungsarbeit. Aber richtig bleiben muß auch: Wer Aufarbeitung mit dem Ziel betreibt, die Diktatur zu rechtfertigen, zu entschuldigen oder zu verharmlosen, darf in der Stiftung keine Unterstützung, sondern muß in ihr einen Gegner finden.

Der zweite Grundsatz, der aus meiner Sicht für die Stiftung besonders wichtig ist, ist der der Kooperation. Die Stiftung wird nicht nur wegen ihres bescheidenen Rahmens, sondern auch aus eigenem Willen und nach dem Willen des Gesetzgebers kein "Zentralinstitut für Aufarbeitung" sein, wie es im Vorfeld von manchen befürchtet worden ist. Ihre erste Aufgabe besteht darin, die Arbeit anderer zu unterstützen und zu fördern, finanziell, aber auch durch Rat, durch Anregung, durch Vermittlung notwendiger Kontakte. Dies schließt nicht aus, daß sie auch selbst ergänzende eigene Aufarbeitungsmaßnahmen betreiben wird, häufig sicherlich auch im Kontakt mit anderen Einrichtungen. Die Stiftung braucht daher den engen und vertrauensvollen Kontakt mit Aufarbeitungsvereinen und Opferverbänden, mit den einschlägigen wissenschaftlichen Einrichtungen, mit den entsprechenden Archiven – einschließlich des Bundesarchivs und der Gauck-Behörde – und natürlich auch mit den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, mit denen schon jetzt ein enger Arbeitskontakt besteht.

Kooperation und Vernetzung werden in der gesellschaftlichen Aufarbeitung, im Bereich der privaten Archive, aber besonders auch in dem Bereich der Opferberatung notwendig sein: Die Stiftung wird ihre Bemühungen in diesem Bereich zweifellos darauf zu richten haben, eine größtmögliche Effektivität zu erreichen; dies muß die Bemühung einschließen, Reibungsverluste durch fruchtlose Konkurrenz zu verringern und auf verstärkte Koordination zu dringen.

Das Prinzip der Kooperation sollte aber auch für das Verhältnis von gesellschaftlicher Aufarbeitung und wissenschaftlicher Forschung gelten, bei denen nach meinem Eindruck bisher auf beiden Seiten gewisse Berührungängste bestehen. Warum sollte es eigentlich nicht möglich sein, die wissenschaftliche Forschung durch das Zeitzeugnis, die Kenntnisse und das Engagement von Aufarbeitungsvereinen anzuregen? Und warum sollte man nicht andererseits die engagierte Tätigkeit solcher Vereine durch wissenschaftlichen Sachverstand bereichern können? Wichtig ist das Ergebnis! Die Stiftung hat – darüber muß man sich klar sein – nicht nur Freunde, sie muß auch kritischen Blicken standhalten können. Sie muß daher daran interessiert sein – und alle, die mit ihr zusammenarbeiten wollen, müssen das gleiche Interesse haben –, daß die aus ihren Förderungen hervorgehenden Arbeitsergebnisse so gut, so nutzbar für die Öffentlichkeit und so gesichert und solide sind wie nur möglich. Die

Stiftung muß sich an ihren Ergebnissen messen lassen, darum muß alles willkommen sein, was der Verbesserung der Arbeitsergebnisse dienlich ist.

Schließlich: Der dritte Grundsatz, an dem der Stiftung besonders gelegen sein muß, ist der der Subsidiarität. Die Stiftung muß nichts übernehmen, was nicht auch oder besser auf der Ebene der Gemeinden und der Länder geleistet werden kann. Sie könnte dies auch gar nicht. Die Stiftung hat einen begrenzten Haushalt und einen relativ kleinen Mitarbeiterstab; auch das Haushaltsrecht setzt ihren Möglichkeiten Grenzen.<sup>23</sup> Sie wird mit Sicherheit nicht in der Lage sein, alle Maßnahmen der DDR-Aufarbeitung, die gegenwärtig im Gange sind, auf ihren Förderetat zu übernehmen. Und das wäre auch nicht richtig. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit ist – hierüber waren sich auch bei der Verabschiedung des Stiftungsgesetzes alle Fraktionen des Bundestages einig – eine gesamtstaatliche und gesamt-nationale Aufgabe, an der Bund, Länder und Gemeinden mitzuwirken haben. Länder und Gemeinden bleiben also auch nach der Errichtung der Bundesstiftung in der Verantwortung für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und der deutschen Teilungsgeschichte, sie bleiben es sogar ausschließlich oder vorrangig, wo es um Maßnahmen von lokaler oder rein regionaler Bedeutung geht. Dies gilt nicht nur für die neuen Länder – in denen natürlich besonders viele Aufarbeitungsvereine zu Hause sind –, sondern auch für die alten, beispielsweise im Bereich der Forschungsförderung, denn die Aufarbeitung ist ein gesamt-nationales und nicht allein ein ostdeutsches Anliegen. Die Stiftung wird ihre Förderungen im allgemeinen als Teilfinanzierung gewähren, die Landesbehörden werden den Antragstellern aus ihren Ländern den Zugang zu Stiftungsmitteln erleichtern, wenn sie ihrerseits Anteile an den notwendigen Förderungen übernehmen. Ansätze, etwa in den Haushaltsentwürfen für 1999, die Ländermittel für die Aufarbeitung der SED-Diktatur im Hinblick auf die Stiftung erheblich zu reduzieren, wären ein Schritt in die falsche Richtung.

Die Stiftung wird, wie wir hoffen, ein ständiger Motor bei der Entwicklung einer gemeinsamen demokratischen politischen Kultur im wiedervereinten Deutschland sein, ein Anreger, ein Förderer und wo nötig auch ein Unruhestifter. Ich hoffe, daß die Stiftung dabei auch in Zukunft die Unterstützung aller demokratischen Parteien und möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger findet. Wir brauchen die Unterstützung aller, denen die demokratische Selbstvergewisserung der deutschen politischen Öffentlichkeit ein Anliegen ist. Wir brauchen ganz besonders die Unterstützung derer, die unter der SED-Diktatur gelitten oder die ihr Widerstand entgegengesetzt haben.

---

<sup>23</sup> Gemeint ist hier: Sie kann keine institutionellen Förderungen gewähren (denn dazu ist nach Bundeshaushaltsordnung eine Einrichtung, die selbst Zuwendungsempfänger ist, nicht berechtigt).



## Die Autoren:

**Bernd Eisenfeld**, Jahrgang 1941, Studium der Finanzwirtschaft, Berufsverbot wegen Wehrdienstverweigerung, 1968 bis 1971 in der DDR inhaftiert im Zusammenhang mit dem "Prager Frühling", 1975 Ausreise, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

**Rainer Eppelmann**, Jahrgang 1943, Maurer, wegen Kriegsdienstverweigerung acht Monate inhaftiert, evangelischer Theologe, Pfarrer an der Samariterkirche in Berlin, Bürgerrechtler, 1989 Mitgründer des Demokratischen Aufbruchs, 1990 Minister ohne Geschäftsbereich bzw. für Abrüstung und Verteidigung, seit 1991 MdB (CDU), seit 1994 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Vorsitzender der ersten und zweiten Enquete-Kommission zur "Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur", seit 1998 Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dr. h.c. **Karl Wilhelm Fricke**, Jahrgang 1929, Journalist, von 1955 bis 1959 in der DDR wegen "Kriegshetze" inhaftiert, 1970 bis 1994 Leiter der Ost-West-Abteilung des Deutschlandfunks.

Prof. Dr. **Peter Maser**, Jahrgang 1943, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Münster, Ostkircheninstitut.